

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 3 / SEPTEMBER 2013
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

Fragilität

Leben in Gewalt, Angst und Armut.

Eine Reportage aus Honduras

Myanmar: Boom und Ernüchterung

Humanitäre Hilfe: Schwieriger Weg zu den Opfern

Inhalt

DOSSIER



6 FRAGILITÄT Schule hinter Stacheldraht

Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in Honduras kennt seit Geburt vor allem Armut, Angst, Unsicherheit und Aussichtslosigkeit

11 «Viele Leute schweigen, weil sie Angst haben»

Interview mit der Soziologin Julieta Castellanos

13 Bessere Polizei für mehr Sicherheit

Mit der Stärkung staatlicher Institutionen in fragilen Staaten will auch die Schweiz bessere Lebensbedingungen schaffen

17 Facts & Figures

HORIZONTE



18 Die neue Freiheit boomt und ernüchert

Myanmar öffnet sich nach jahrzehntelanger Abschottung und Militärdiktatur in atemberaubendem Tempo

21 Aus dem Alltag von...

Peter Tschumi, Direktor Kooperation und Stellvertretender Botschafter in Yangon

22 Home Sweet Home

Nwet Kay Khine über das Leben in ihrem Heimatdorf

DEZA



23 Umweltschutz in Mazedoniens Schulstuben

Umwelterziehung wird mit Unterstützung der DEZA fester Bestandteil des Lehrplans

24 Strassen ebnen das Terrain für Entwicklung

Mit dem Bau von ländlichen Fahrpisten erhält die Bevölkerung im Osten von Burkina Faso einen besseren Zugang zu Märkten und Basisdienstleistungen

FORUM



27 Was liegt drin, um zu den Opfern zu gelangen?

Der Zugang zu den Opfern in Konfliktregionen wird für Organisationen wie das IKRK zunehmend schwieriger

30 Bonne Huka muss aussteigen

Carte blanche: Der Äthiopier Getachew Gebru über die Hintergründe, warum immer mehr seiner Landsleute das Hirtenleben aufgeben

KULTUR



31 «Hutu und Tutsi gibt es in Ruanda keine mehr»

Interview mit der ruandischen Schriftstellerin Scholastique Mukasonga

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 26 Einblick DEZA
- 33 Service
- 35 Fernsucht mit Sandro Lunin
- 35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Indem sie schweigen, schreien sie

Unbarmherzig weht der Wind durch das kleine Dorf im Hindukusch. Der Talboden ist zugedeckt mit Geröll, das Hochwasser hat die wenigen fruchtbaren Flächen zerstört. Obwohl noch Schneemaden in den schattigen Winkeln liegen, gehen die Leute in ihren ärmlichen Ledersandalen. Ich bin im Swat-Tal. Vor wenigen Jahren hat die pakistanische Armee in diesem Tal Haus um Haus von den Taliban freigekämpft. Auch heute ist die Gegend noch unsicher.

Ciudad Bolívar, eine Vorstadt der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. In Hütten und improvisierten Behausungen leben Menschen, die der Konflikt zwischen Guerilla, Paramilitärs und Armee über viele Etappen hierher vertrieben hat. Die meisten von ihnen sind Ureinwohner und waren Kleinbauern. In der Stadt wird der Wunsch nach Brot und Auskommen nur für wenige in Erfüllung gehen. Bevor die Dunkelheit einbricht, verlasse ich die unwirtliche Gegend. In der Nacht werden bewaffnete Banden die Kontrolle übernehmen. Auch Polizei und Militär werden sich dann nicht mehr an diesen Ort wagen.

Es riecht nach schwerer tropischer Feuchtigkeit. Menschen hasten mit Motorrädern und Handkarren über kaputte Strassen an eingestürzten Häusern vorbei. Die Erde hat gebebt. Schon beim Anflug auf Port-au-Prince waren die abgeholzten Wälder sichtbar – als riesige Wunden in einer geschundenen Landschaft. Am Strassenrand sehe ich lange Menschenschlangen. UNO-Blauhelme verteilen Lebensmittel und Wasser. Plötzlich kommt mir ein Zitat von Cicero in den Sinn: Indem sie schweigen, schreien sie.

So oder ähnlich sehen fragile Kontexte aus. Wer dort lebt, hat wenig Freiheit. Weder leben sie frei von Furcht, noch frei von Mangel. Die Armut konnte in fragilen Gebieten kaum zurückgedrängt werden, obwohl weltweit grosse Fortschritte in der Armutsbekämpfung erzielt worden sind. Die staatlichen Grundaufgaben werden kaum wahrgenommen, und es fehlt meistens an

den wichtigsten Dienstleistungen wie Schulen oder medizinischer Versorgung.

Die Schweiz wird sich in den nächsten Jahren stärker in fragilen Kontexten engagieren. Nicht nur mit humanitärer Hilfe, sondern auch mit Programmen, die auf langfristige Verbesserungen der Lebensgrundlagen abzielen. So haben es Bundesrat und Parlament in der Strategie der Internationalen Zusammenarbeit 2013-2016 beschlossen. Die Anstrengungen werden nicht dorthin gelenkt, wo die raschesten Erfolge möglich sind, sondern dorthin, wo die menschliche Not am grössten ist.

Die DEZA hat einen guten Leistungsausweis, gerade in fragilen Kontexten. Das war auch einer der Gründe für das verstärkte Engagement. Allerdings wird es nicht darum gehen, fragile Gegenden mit Projekten zu übersäen. Es geht darum, die lokalen Anstrengungen zu stützen. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei spielt die enge Zusammenarbeit mit anderen Geberländern und internationalen Organisationen gerade unter diesen schwierigen Verhältnissen eine immer wichtigere Rolle. Auch auf diesem Weg ist die DEZA bereits ein grosses Stück gegangen.

Wer in fragilen Kontexten arbeitet, wird auch Rückschläge und Misserfolge erleiden; wir werden Lehren ziehen müssen. Lehren, die uns weiter bringen – und mit ihnen die Leute im Swat-Tal, in Ciudad Bolívar oder in Port-au-Prince.

Martin Dahinden
Direktor der DEZA

Die Jahreskonferenz der Entwicklungszusammenarbeit findet dieses Jahr am 27. September im Palazzo dei Congressi in Lugano statt und widmet sich dem Thema «Eine fragile Welt – Perspektiven junger Menschen». Nähere Informationen unter www.deza.admin.ch/jako_eza

Periskop



Patrício Crocker/Archivlatino/laif

Das Jahr des «goldenen Kornes»

(jls) Seit Jahrtausenden wird in den Anden, auf über 4000 Metern Höhe, das Getreide Quinoa als Grundnahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung angebaut. Seit einigen Jahren erfreut sich das «Gold der Inkas» nicht nur in Lateinamerika, sondern auch auf der nördlichen Halbkugel grosser Beliebtheit. Zu Ehren der Völker, die die Jahrtausende alte Kulturpflanze bewahrt haben, hat die UNO 2013 zum «Jahr der Quinoa» erklärt. Damit soll ein Gewächs gefördert werden, das zur Nahrungsmittelsicherheit beitragen könnte. Denn Quinoa hat einen hohen Nährwert; alle essenziellen Aminosäuren sind darin enthalten, aber auch Spurenelemente und Vitamine. Ausserdem gedeiht das Andengewächs unter den unterschiedlichsten, sogar ungünstigen Bedingungen, bei Temperaturen zwischen minus 8 und plus 38 Grad. Es erträgt Trockenheit und wächst deshalb auch in semiariden Zonen. Besonders gut eignet sich der Anbau von Quinoa laut der UNO für den Sahel, wo Mangelernährung grassiert. www.fao.org/quinoa-2013

Internet per Sprachsteuerung

(gn) Ein Handy, das Auskunft gibt zu allen Problemen und Fragen, rückt auch für Menschen, die weder Lesen noch Schreiben können und keinen Zugang zu einem Computer haben, in greifbare Nähe. Voices – ein Programm, das über Sprachsteuerung funktioniert und Internet mit Mobiltelefonen verbindet, soll ihnen künftig das Surfen auf dem Internet und sogar das Twittern ermöglichen. In Mali wird das System gegenwärtig im Rahmen eines Informationssystems für Bäuerinnen und Bauern getestet. Gegenüber den bereits gängigen Internet-Informationen via SMS habe

Voices den Vorteil, dass es für alle Nutzer direkt zugänglich sein werde, sagt Mary Allen von der NGO Sahel Eco. Die Herausforderung dabei ist der Aufbau einer Datenbasis in der lokalen Sprache: Das Suchsystem muss sowohl die mündlich gestellten Anfragen erfassen können, wie die gesuchten Antworten in Form von Audiofiles zur Verfügung stellen. www.mvoices.eu

Wirtschaft leidet unter Trinkwasserknappheit

(bf) Afrika hat Asien als Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft abgelöst. Schon gehören 350 Millionen Menschen dem Mittelstand an. Doch vielerorts

entpuppt sich die Knappheit an sauberem Trinkwasser als Wachstumskiller. Davon betroffen sind vor allem Metropolregionen. Keine andere Infrastruktur-Investition beeinflusst die Wirtschaftsleistung in Afrika so stark wie jene in Wasserversorgungssysteme, sind doch viele Unternehmen explizit auf Wasser angewiesen. Erst danach folgen Investitionen in Bewässerungsanlagen, Elektrizität sowie der Ausbau von Strassen- und Bahnnetzen. Ein Beispiel dafür ist Ghana, wo gemäss Weltbank 86 Prozent der Bevölkerung weder über Zugang zu Trinkwasser noch über adäquate Sanitäreinrichtungen verfügen und die Wirtschaft in erster Linie auf Gold, Kakao und Öl basiert. Dieses Jahr wird mit einem Wirtschaftswachstum von acht Prozent gerechnet. Doch ohne eine Generalsanierung der Wasserleitungen, sagen Experten, gehe das Land schwierigen Zeiten entgegen. «Die Trinkwasserkrise wirkt sich bereits auf die Wirtschaftsleistung Ghanas aus», sagt Robert Darko Osei vom Institut für Wirtschaft und Statistik der Universität Ghana. www.ug.edu.gh

Nährstoffreiche Abwässer

(gn) In Indien heissen Lastwagen, die Jauchegruben und Latrinen entleeren, «Honey-suckers» – Honigfresser. Obschon von ihrer Fracht alles andere als süsser Honigduft ausgeht, findet sie reissenden Absatz: Bauern greifen immer öfter auf menschliche Exkremente zurück, um ihre Felder zu düngen. In der Regel trocknen sie die Abwässer zuerst in Gruben, um mögliche Krankheitskeime zu vernichten und die Konzentration der Nährstoffe anzureichern. Künftig werde man vermehrt Abwässer für die Nahrungsmittelproduktion nutzen, ist Pay



Vishwanath Srikanthiah

Drechsel vom Internationalen Water Management Institute IWMI in Colombo überzeugt: «Statt unsere Probleme wegzuspülen, müssen wir alles daran setzen, den Nahrungskreislauf zu schliessen.» Dies setze allerdings voraus, dass die Abwässer entsprechend aufbereitet werden, um Krankheitsrisiken auszuschliessen. Pro Jahr scheidet ein Mensch durchschnittlich 500 Liter Urin und 50 Kilogramm Fäkalien aus – hochgerechnet auf die Weltbevölkerung könnten damit 40 Prozent der chemischen Düngemittel ersetzt werden. www.irc.nl/page/72840

Altersstruktur beeinflusst Entwicklung

(bf) Gemäss dem UNO-Bericht für menschliche Entwicklung 2013 hat weltweit kaum ein Land so gute Fortschritte hinsichtlich Einkommen, Gesundheit und Bildung erzielt wie Bangladesch. Als direkte Folge dieser Entwicklung, hat sich das Verhältnis von Erwerbsfähigen gegenüber Kindern im südasiatischen Land mit seinen 149 Millionen Einwohnern massiv erhöht. Durch diese «demografische Dividende» haben sich auch die Voraussetzungen für sozioökonomische Fortschritte beträchtlich vergrössert. So lautet zumindest die Prognose des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, wel-



ches seit Jahren die Auswirkungen der Bevölkerungszusammensetzung auf das Entwicklungspotenzial von Entwicklungsländern untersucht. Laut dem Institut hat Bangladesch rechtzeitig die Weichen gestellt, um die demografische Dividende überdurchschnittlich gut auszu-

schöpfen. Insbesondere frühe Investitionen in Bildung, ein ausgeklügeltes Familienplanungsprogramm sowie die Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt hätten zu der guten Ausgangslage für künftige Entwicklung beigetragen. www.berlin-institut.org (Demografische Dividende)

SMS statt Lohntüte

(jls) Die Demokratische Republik Kongo geht seit letztem Jahr dazu über, den Lohn ihrer Beamten auf ein Bankkonto zu überweisen. Bisher wurden Lehrer, Polizisten, Soldaten und andere Staatsangestellte von ihren Vorgesetzten in bar bezahlt. Das zunächst in den größeren Städten eingeführte System soll dieses Jahr landesweit umgesetzt werden. Mög-



Reflux/laif

lich gemacht hat diese kleine Revolution die rasante Entwicklung des Mobile Banking. Im Landesinnern gibt es zwar kaum Bankfilialen, doch umso mehr Mobiltelefone. Sobald der Lohn auf dem Konto ist, erhält der Kunde eine SMS-Nachricht mit einem Code. Damit kann er im Geschäft eines Telekomanbieters sein Geld abheben gehen. Der

Hauptvorteil für die Beamten: Endlich erhalten sie ihren vollen Lohn. Bisher hielt nämlich jede Hierarchieebene einen Teil der Gesamtsumme zurück: Nicht selten kamen bei einem für 60 Dollar Monatslohn angestellten Soldaten nur 5 Dollar an.





Im geschützten Inneren der Schule fühlen sich die Schülerinnen und Schüler sicher, dürfen sich spielerisch entfalten und arbeiten hart daran, einst ihre Träume verwirklichen zu können

Schule hinter Stacheldraht

Die Mehrheit der honduranischen Bevölkerung zählt keine 30 Jahre. Dies sei eine einmalige Chance für die Entwicklung eines Landes, sagen Soziologen. Die Realität in Honduras sieht aber anders aus: Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen kennt seit Geburt vor allem ein Leben in fragilem Umfeld, bestehend aus Armut, Angst, Unsicherheit und Aussichtslosigkeit. Eine Reportage von Gabriela Neuhaus.



Eros Hoeglard Redux/air



Wer jung ist, steht von vornherein unter Verdacht, kriminell zu sein

Wie viele, die aus kriminellen Banden aussteigen, um ein neues Leben in der Legalität zu beginnen, sei Jovel Miranda ein Opfer interner Abrechnungen geworden, glaubt Monseñor Emiliani: «Von 200 aussteigungswilligen Bandenmitgliedern, die ich begleitet habe, wurden 66 getötet – mit Jovel sind es jetzt 67.» Der Kirchenmann setzt sich seit Jahren für Jugendliche in prekären Verhältnissen ein und ist ein profunder Kenner der Maras-Szene. Es gibt aber auch andere Vermutungen über die Hintergründe der Tat: Der Mord an Jovel, der sich als Leiter einer Jugend-Hilfsorganisation immer wieder exponiert hat, könnte politisch motiviert gewesen sein. Eine dritte Quelle sagt, er habe mit Journalisten zusammengearbeitet und ihnen Informationen über Verbrechen geliefert, bei denen die Polizei mit kriminellen Banden gemeinsame Sache mache.

Gabriela Neuhäus

Das Interview ist abgemacht, ein sicherer Ort gefunden. Jovel Miranda, unser Gewährsmann in San Pedro Sula, der Stadt mit der höchsten Mordrate der Welt, hat alles mit Umsicht organisiert. Doch das geplante Treffen mit ihm und zwei Mitgliedern der berühmten Maras-Jugendbanden wird nie stattfinden. Wenige Stunden nachdem wir uns verabredet haben, ist der 31-jährige Familienvater tot. Erschossen, sagt die Frauenstimme am Telefon. Zwei Unbekannte haben ihn, den Ex-Pandillero (siehe Randspalte Seite 8) und engagierten Kämpfer für die Rehabilitation jugendlicher Bandenmitglieder exekutiert, als er im Taxi seines Vaters unterwegs war.

Das Vorurteil: Jung und kriminell

Wie so oft in Honduras ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Wahrheit nie ans Licht kommt. Zwar sind die Gewaltverbrechen, die das Land Tag für Tag erschüttern in aller Munde, doch aufgeklärt werden sie selten. «Die Schlagzeilen in den Zeitungen und die Statistiken über die Anzahl Tötungsdelikte führen zu einer Kultur von Terror und Angst, die vom Staat zusätzlich angeheizt wird», klagt der Soziologiestudent Wilfredo Serrano Muñoz. Für junge Leute gebe es keine Zukunftsperspektiven in diesem Land, sagt der 24-Jährige. Im Gegenteil: Wer jung ist, steht von vornherein unter Verdacht, kriminell zu sein. Ein Vorwurf, der nicht von der Hand zu weisen ist,

Zentralamerika





Stephen Ferry/Reuters/lat
Julien Chateaufort



Alltag in Honduras: Immer wieder kommt es zu Schiessereien auf offener Strasse

Maras und Pandillas

Wie in Guatemala und El Salvador gibt es auch in Honduras viele kriminelle Banden, die wesentlich zur Gewalteskalation beitragen. Man unterscheidet zwischen den transnational aktiven Maras und den Pandillas, deren Aktionsradius sich auf ein Barrio oder eine Region beschränkt. Ursprünglich Jugendgruppen, deren Mitglieder ihre Bandenzugehörigkeit mit Tätos ausdrückten, wurden die Gangs mit ihren Ritualen und strengen Gesetzen für viele zu einer Art Ersatzfamilie. Heute sind insbesondere die Maras keine reinen Jugendbanden mehr, sondern weisen mafiose Strukturen auf. Sie sind eng mit dem organisierten Verbrechen sowie dem internationalen Drogen- und Waffenhandel verbunden. Lokale Pandillas und Jugendliche werden dabei gerne als Helfer und Helfershelfer vor Ort rekrutiert – für den Drogenkleinhandel, das Eintreiben von Schutzgeldern, aber auch für Auftragsmorde.

wie Itsmania Pineda Platero bestätigt, die seit 20 Jahren mit Jugendlichen in Armenvierteln arbeitet: «2004 verabschiedete die Regierung ein Anti-Maras-Gesetz, wonach bereits die Zugehörigkeit zu einer Jugendgruppe oder das Tragen einer Tätowierung strafbar waren.»

Das Gesetz wurde 2007 wieder aufgehoben, die Politik der «harten Hand» gegenüber Jugendlichen aber fortgesetzt. Zahlreiche Fälle sind dokumentiert, in denen Ordnungskräfte und Gefängnispersonal Kinder und Jugendliche buchstäblich hingrichtet haben. «Mit den Jugendlichen wurde gleichzeitig auch die Armut kriminalisiert», fügt die Menschenrechtsaktivistin an, «weil es heisst, dass die kriminellen Banden ihre Mitglieder in armen Barrios rekrutieren.»

Der Generalverdacht gegenüber Jugendlichen aus armen Quartieren führe in eine falsche Richtung, sagt auch Eugenio Sosa, Soziologieprofessor an der Nationalen Autonomen Universität UNAH in Tegucigalpa. Als Hauptgrund für die massive Zunahme von Gewalt und Verbrechen nennt er die Tatsache, dass sich die Bevölkerung des Landes in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat, während die Wirtschaft stagnierte. Statt dass das Potenzial der jungen Bevölkerung in die Entwicklung des Landes fliesse, sehe sich diese mit lebensfeindlichen Rahmenbedingungen konfrontiert, ohne Aussicht auf eine geregelte Arbeit. «Dies führte zu einer Ökonomie der Gewalt», sagt Sosa. «Manche delinquieren, um zu überleben, andere um reich und noch reicher zu werden.» Die Täter stammen aus allen Gesell-

schaftsschichten und kommen sehr oft ungeschoren davon, was die Gewaltentwicklung weiter vorantreibt und zu einem Klima der Angst und Unsicherheit führt.

Emigration nicht jedermanns Sache

Davon ist in San Lorenzo, einer ruhigen Grenzstadt im Süden, wenig zu spüren. Im Gespräch mit Einheimischen fällt auf, dass hier nicht dauernd von Mord und Totschlag die Rede ist. Das öffentliche Leben im herausgeputzten Städtchen wirkt entspannt. Viele der farbigen Häuser sind neu, sie wurden mit Hilfe von Rimesen gebaut, die honduranische Emigranten aus den USA und Europa nach Hause schickten.

Auch Judith Hernandez arbeitete sieben Jahre lang als Hilfskraft in Spanien, nachdem sie ihr Studium aus wirtschaftlichen Gründen abgebrochen hatte. Ihre beiden Kinder blieben bei Verwandten zurück. Die 300 Euro, die sie monatlich schickte, wurden für den Lebensunterhalt gebraucht und ins Haus investiert. Im Frühjahr 2013 jedoch fand Judith wegen der Krise in Spanien keine Arbeit mehr und kehrte zurück. Jetzt sucht sie einen Job in den USA, wo ihr Bruder und der Vater ihrer Tochter im Strassenbau arbeiten.

Fast jede Familie in San Lorenzo hat Verwandte im Ausland. Trotzdem ist Emigration nicht jedermanns Sache. Für den 23-jährigen Martin José und seine Fischerkollegen ist klar, dass sie bleiben: «Hier haben wir ein gesundes Leben und alles, was wir brauchen.» Nachdem der morgendliche Fang verkauft



Längst mutierten die einstigen Jugendgruppen mit ihren Tätowierungen zu Banden mit mafiösen Strukturen – rechts ein getötetes Mitglied der Mara Salvatrucha



Julien Chatelain/Alf

ist, hoffen sie nun, wie jedes Wochenende, auf Touristen, um mit einer Fahrt durch die Mangrovenwälder ein Zubrot zu verdienen.

Staat zahlt Löhne nicht

Auch in der Hauptstadt Tegucigalpa kämpfen viele ums wirtschaftliche Überleben. Nicht einmal Staatsangestellte haben ein gesichertes Einkommen. Die Lehrerin Suyapa Martínez erhält, wie viele ihrer Berufskollegen, seit fünf Monaten keine Lohnzahlungen mehr, weil der Staat pleite sei. Sie arbeite trotzdem weiter, um die Stelle nicht zu verlieren, sagt die alleinstehende Mutter. Am Morgen, bevor sie sich mit dem Bus auf den langen Arbeitsweg macht, kocht sie eine einfache Suppe. Ihr Sohn Francisco wird sie im Lauf des Tages portionenweise im Quartier verkaufen.

Geronimo, der 17-jährige Nachbarjunge bestreitet seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von selbst gemachten Kartoffelchips, und die Familie der 12-jährigen Josselin lebt vom Tortillaverkauf.

Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Colonia Las Torres halten sich mit solchen Mikrounternehmen mehr schlecht als recht über Wasser. Dazu kommt die prekäre Sicherheitssituation: Das Barrio gleich hinter der City Mall, dem grössten Einkaufszentrum Zentralamerikas, sei Hoheitsgebiet der Mara Salvatrucha, sagt Itsmania Pineda Platero, die hier wohnt: «Nach 17 Uhr lassen die Bandenmitglieder keine Fremden ins Barrio. Und wir trauen uns oft nicht mehr hinaus und sitzen in unseren Häusern, wie bei einer Belagerung.»

Unheimliche Turnschuhe

Tegucigalpa gilt als besonders gefährliches Pflaster. Wer es sich leisten kann, bewegt sich auch auf Kürzeststrecken im eigenen Auto oder mit einem Taxifahrer des Vertrauens und wohnt in geschlossenen Anlagen hinter hohen Mauern, Stacheldraht und Elektrozäunen. Statt im öffentlichen Raum, verbringt der Mittelstand seine Freizeit in streng bewachten Shopping Malls.

Wer trotzdem einen Spaziergang durchs Stadtzentrum wagt, staunt über die Normalität, die hier herrscht: Auf dem Platz vor der Kathedrale singt und tanzt eine christliche Jugendgruppe, Kinder jagen Tauben, ein Vater kauft seiner Tochter Eis. Ein Liebespaar schlendert durch die Fussgängerzone, wo neue Läden locken und junge Bäume gepflanzt worden sind.

Beim Blick nach oben hingegen holt einen das unbestimmte Gefühl der latenten Gefahr wieder ein: In den Stromleitungen hängt ein Paar Turnschuhe. Drogenhändler und kriminelle Banden würden so ihr Territorium markieren, heisst es.

«In meinem Barrio gehören Drogen zum Alltag», erzählt der 16-jährige Jason. Schon früh hatte er sich einer Clique angeschlossen, von da an lebte er meist auf der Strasse. Die Minderjährigen würden von älteren Bandenmitgliedern für den Verkauf von Drogen eingesetzt, damit verdienen sie sich das Geld für den Eigenkonsum. Marihuana, Kokain, Crack – er habe alles genommen, was im Umlauf war, sagt Jason. Bis zu dem Tag, als ein Unbekannter versucht hat, ihn umzubringen. Vermutlich ein Drogen-

Eskalierende Gewalt

Nirgends auf der Welt ist die Mordrate so hoch wie in Honduras: Während man 2004 noch 34 Tötungsdelikte pro 100 000 Einwohner zählte, waren es 2012 deren 85,5. Laut Statistik wurden allein im letzten Jahr 7172 Menschen umgebracht, die meisten von ihnen mit einer Schnellfeuerwaffe. Offizielle Schätzungen gehen davon aus, dass im acht Millionen Einwohner zählenden Honduras rund 800 000 Waffen im Umlauf sind, 81 Prozent davon illegal. Vor allem in den städtischen Zentren sowie im Norden des Landes ist die Gewalt in den letzten Jahren stark eskaliert. In San Pedro Sula zum Beispiel, werden pro Tag 3,3 Morde registriert, die meisten in Zusammenhang mit kriminellen Machenschaften. Unter den Opfern gibt es aber auch eine hohe Zahl von Journalisten, Rechtsanwälten und Menschenrechtsaktivisten.



Gabriela Neumann (3)



Entspannte Atmosphäre in der Fußgängerzone von Tegucigalpa, wo Betsy mit ihrer Mutter geröstete Nüsse und Süßigkeiten verkauft. Die Kindheit der Armen ist geprägt vom Überlebenskampf.

«Un poco complicado»

Honduraner oder Catrachos, wie sie sich selber nennen, beantworten die Frage nach ihrer Situation gerne mit einem einfachen Satz: «Es un poco complicado» – es ist ein wenig kompliziert. So fasst zum Beispiel Jonathan, der bei seiner Grossmutter lebt und keinen Job findet, seine Geschichte vom Schulabbruch zusammen. Mit der gleichen Formel umschreibt der Wächter die Tatsache, dass er in der Dunkelheit zu Fuss quer durch die Stadt muss, um seinen Arbeitsplatz rechtzeitig zu erreichen. «Un poco complicado» ist auch das Leben des Professors, der seine Handy-Nummer aus Sicherheitsgründen laufend wechselt oder die Situation der alleinerziehenden Mutter, die ihre drei Kinder ernähren muss, und gleichzeitig versucht, den Schulabschluss nachzuholen.

händler einer rivalisierenden Bande. Nur mit viel Glück überlebte der schwächliche Junge die Schussverletzungen, von denen er sich im Drogen-Rehabilitationszentrum Proyecto Victoria nur allmählich erholt.

«Die grössten Schwierigkeiten beginnen für die meisten erst nach dem Entzug», sagt Mario Fumero, der das landesweit einzigartige Zentrum 1977 gegründet hat. «Drogen, Gewalt und Banden – das hängt alles zusammen. Wer aussteigen will, kann nicht mehr zurück in seine alte Umgebung und muss anderswo ein neues Leben anfangen.» Auch Jasons Mutter ist in ein Quartier umgezogen, wo niemand die Geschichte ihres Sohnes kennt. Trotzdem fürchtet sich der 16-Jährige vor dem Tag, an dem er den geschützten Rahmen des Projectos Victoria verlassen muss.

Abendkurse gestrichen

Im Armenviertel Los Pinos sind die holprigen Strassen wie leer gefegt. Das frisch renovierte Schulhaus befindet sich hinter hohen Mauern und Stacheldraht. Wegen der allgegenwärtigen Bedrohung durch Diebe und Drogenhändler, sagen die Schülerinnen und Schüler. Im Schulhaus fühlen sie sich sicher, hier arbeiten sie hart, um ihre Träume zu verwirklichen: Die 14-jährige Sekundarschülerin

Libni will Medizin studieren, um den Menschen zu helfen. Andere wollen Advokat, Veterinärin, Architekt, Ingenieurin, Psychiater oder Lehrerin werden. Die Jugendlichen wissen, wie schwierig es sein wird, diese Ziele zu erreichen. Sie alle leben in prekären Verhältnissen: Oft reicht das Geld weder für sauberes Trinkwasser noch für genügend Nahrung.

«Wenn ich das Gymnasium und später die Universität besuchen will, muss ich arbeiten, um meinen Lebensunterhalt und die teure Ausbildung zu finanzieren», sagt Libni. Die hohe Arbeitslosigkeit sowie die Bedrohung durch Gewalt, Banden und Drogen verschärfen die ohnehin schwierige Situation. So wurden zum Beispiel aus Sicherheitsgründen an zahlreichen Schulen die Abendkurse gestrichen. Betroffen von dieser Massnahme sind Hunderttausende, die tagsüber auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind, um sich überhaupt eine Aus- und Weiterbildung leisten zu können.

«Die Situation wird immer schlimmer», sagt Itsmania Pineda. Die Armut nehme zu, aber auch die Gewalt, und damit die Angst. Sie rechnet nicht damit, dass die Mörder von Jovel Miranda, den sie gekannt und sehr geschätzt hat, je gefasst werden. Und meint dazu nur: «Er war einer der ganz Guten.» ■

«Viele Leute schweigen, weil sie Angst haben»

Einst als Friedensinsel Zentralamerikas gepriesen, droht Honduras in Gewalt und Anarchie zu versinken. Die Menschen haben kein Vertrauen in den Staat, den sie als Bedrohung erleben. Gabriela Neuhaus sprach mit Julieta Castellanos über die Hintergründe der Fragilität und Möglichkeiten, sie zu überwinden.



Gabriela Neuhaus

«Eine Welt»: Weshalb prägen Unsicherheit und Gewalt das Leben in Honduras viel stärker als in den umliegenden Ländern mit ähnlichen Rahmenbedingungen?

Julieta Castellanos: Als Wissenschaftlerin beschäftige ich mich seit den 1990er Jahren mit diesem Thema. Damals waren wir besorgt, weil wir Gefahr liefen, in die Kriege der umliegenden Länder hineingezogen zu werden. Als Folge dieser Situation, zirkulierten schon damals viele Waffen in unserem Land. Nach dem Ende ihrer Bürgerkriege erhielten Guatemala, El Salvador und Nicaragua Wiederaufbauhilfe aus dem Ausland. Honduras hingegen, das keinen inneren Konflikt zu beklagen hatte, blieb von diesem Prozess ausgeschlossen. Aber natürlich bekamen auch wir die Konsequenzen dieser Kriege zu spüren.

Was hatte dies für Auswirkungen auf Honduras?

Nachdem die Guerilla keine Waffen mehr benötigte, suchten die Händler nach neuen Abnehmern. Es kam zu einem Überangebot. In Honduras wurden Waffen sogar in Gemischtwarenläden angeboten, eine Kalaschnikov konnte man für 70 Dollar haben. Der Waffenhandel zog immer weitere Kreise: Die Guerilla in Kolumbien mischte mit, das organisierte Verbrechen in Mexiko. Dann kamen Menschenhandel, kriminelle Banden

und vor allem der Drogenhandel hinzu. Über die Jugendbanden gelangten viele Jugendliche in den Besitz von Waffen. Niemand hatte mehr die Kontrolle. Diese Situation, die sich vor zwanzig Jahren entwickelt hat, richtete grossen Schaden an. Die Verwüstung des Staates, die wir heute erleben, ist eine direkte Folge davon.

Was verstehen Sie unter Verwüstung des Staates?

Die Schwäche des honduranischen Staates zeigt sich in drei Bereichen. In manchen Regionen, wie zum Beispiel im Osten des Landes, ist der Staat überhaupt nicht mehr präsent. Andernorts ist er zwar noch vorhanden – dort gibt es Richter, Polizei und Staatsanwälte. Tatsache ist aber, dass viele dieser staatlichen Institutionen kriminell infiltriert worden sind. Und das dritte Element sind die strukturellen Schwächen und sozio-ökonomischen Konflikte. Diese drei Elemente zusammen führten dazu, dass Sicherheit in den letzten Jahren zu einem derart zentralen Thema geworden ist.

Was sind die dringendsten Massnahmen, um eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern?

In einem ersten Schritt muss der Staat zeigen, dass er in der Lage ist, seine Kontrollfunktion wahrzunehmen. Voraussetzung dafür sind die Säuberung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Mischung aus Angst, Unfähigkeit und der Tatsache, dass Polizei und Verbrechen oft unter einer Decke stecken, ruft dringend nach Veränderungen. Mittelfristig braucht es auch eine institutionelle Stärkung von Ermittlungsdiensten, Polizei und Justiz.

Sie betonen immer wieder, dass der internationalen Gemeinschaft in diesem Prozess eine wichtige Rolle zukommt.

Das organisierte Verbrechen operiert auf einem



Julieta Castellanos, seit 2009 Rektorin der Nationalen Autonomen Universität UNAH in Tegucigalpa, gilt als Hoffnungsträgerin der Zivilgesellschaft. Die Soziologin forscht und publiziert seit Jahren zu Themen wie Menschenrechte und Gewalt. Seit einer ihrer Söhne im Oktober 2011 von der Polizei getötet wurde, engagierte sich Castellanos an vorderster Front für die Säuberung der Polizei und den Aufbau einer funktionierenden Justiz. Als Rektorin leitete sie eine umfassende Reform der Universität ein. Diese ist heute eine der wenigen Institutionen, die sich der Korruption und Zersetzung des Staates aktiv und erfolgreich entgegen stellt. Für ihr Engagement wurde Julieta Castellanos 2013 mit dem US-amerikanischen «International Woman of Courage Award» ausgezeichnet.



Gabriela Neuhäus

Technische Massnahmen für mehr Sicherheit: Seit der Inbetriebnahme der Überwachungszentrale in Puerto Cortés sind die Morde stark zurückgegangen

Armut, Krieg und Drogen

Ein Vergleich zwischen Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras zeigt grosse Unterschiede – trotz geografischer Nähe und ähnlicher Geschichte. Costa Rica gilt als Musterland der Region. In Guatemala, El Salvador und Nicaragua forderten Bürgerkriege Ende des 20. Jahrhunderts Hunderttausende von Toten. Honduras blieb damals von eigenen inneren Gewaltkonflikten verschont, allerdings operierten die von den USA unterstützten nicaraguensischen Contras von seinem Territorium aus. Infolge der weitverbreiteten Armut, migrieren viele Zentralamerikaner auf Arbeitssuche vor allem in die USA. Aufgrund der geografischen Lage ist die Region in den letzten Jahren stark in den Sog des internationalen Drogenhandels geraten. Das gilt insbesondere für Honduras. Laut Schätzungen werden 80 Prozent der Drogen für den US-amerikanischen Markt über Honduras transportiert. Das Land droht in die Fragilität abzugleiten.

Niveau, dass es von einem einzelnen Land praktisch nicht bekämpft werden kann. Nicht einmal ein mächtiger Staat wie Mexiko, der über sehr viel mehr Mittel verfügt als wir, schafft das. Hier braucht es eine internationale Verfolgung der Delikte – eine schwierige, aber wichtige Herausforderung. Wir brauchen aber auch technische Unterstützung, wie zum Beispiel eine wissenschaftliche Ausbildung für Ermittler oder den Geheimdienst.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Unterstützung?

Heute hat die internationale Gemeinschaft begriffen, was zu tun ist. Allerdings engagiert sich nach wie vor eine Mehrheit der Geber im Bereich der Prävention. Prävention ist wichtig und notwendig. Im Moment kommt mir die Präventionsarbeit jedoch vor, als ob man Wasser aus hundert Kilometern Entfernung holen will, um ein Haus zu löschen, das lichterloh brennt. Was wir im Moment vor allem brauchen, sind technische Hilfe und eine Stärkung von Polizei, Untersuchungsbehörde und Justiz, um die Kriminalität unter Kontrolle zu bringen.

Obschon die Leute stark unter der prekären Sicherheitssituation leiden, verhalten sich die meisten passiv. Weshalb?

Aus Angst. Viele zahlen lieber Schutzgeld, als zur

Polizei zu gehen. Weil die Gefahr besteht, dass sie auf einen korrupten Polizisten stossen. Viele Leute werden zu Opfern oder Zeugen von Verbrechen, aber sie schweigen, weil sie Angst haben. Kommt hinzu, dass die Bürgerinnen und Bürger keinen Bezug haben zum Staat. Wie sollten sie? Der Staat löst keine Probleme, bietet keinen Schutz. Die Menschen kämpfen Tag für Tag ums Überleben und sind damit völlig allein.

Wie sehen Sie in diesem Kontext die Rolle der Universität und der Alianza por la Paz y la Justicia, die sie mitgegründet haben?

Wir steuern einen klaren Kurs, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Die Universität spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir erachten es zum Beispiel als unsere Aufgabe, Vorschläge für die künftige Entwicklung und Transformation unseres Landes zu erarbeiten. Eine riesige Verantwortung, von der wir überzeugt sind, dass wir sie tragen müssen. Ganz oben auf der Agenda steht dabei das Thema Sicherheit, das keinen Aufschub erlaubt. Veränderungen sind dringend. ■

(Aus dem Spanischen)

Bessere Polizei für mehr Sicherheit

Wie in vielen fragilen Staaten verhindern auch in Honduras Unsicherheit und Gewalt Fortschritte in der Entwicklung des Landes. Mit neuen Ansätzen, die direkt auf die Stärkung staatlicher Institutionen wie Justiz und Polizei zielen, will die Staatengemeinschaft – darunter auch die Schweiz – die notwendige Basis für eine Verbesserung der Lebensbedingungen schaffen.



Gabriela Neuhaus

Nahkampftraining auf der Polizeiakademie in Tegucigalpa: Künftig sollen mehr Polizisten besser ausgebildet werden, um die Gewaltspirale einzudämmen

(gn) Sorgfältig setzt José Arturo Hernandez Buchstaben neben Buchstaben. Mit Heft und Schreibstift hat er sich in ein defektes Klo zurückgezogen, um sich besser konzentrieren zu können. Weder in den stickigen Schlafverschlängen noch im überfüllten, lärmigen Innenhof ist Platz für Privates: Im Gefängnis von Puerto Cortés, das für 40 Insassen konzipiert ist, sind gegenwärtig 152 Häftlinge eingesperrt. Die meisten von ihnen sind jung, manche sehr jung. Sie verbüssen Strafen wegen Raub, Totschlag, häuslicher Gewalt oder Drogen.

Reintegration ist möglich

«Wenn sie rauskommen, wollen sie in die Gesellschaft zurück», sagt Amtsrichterin Jetty Estrada. «Damit sie eine Chance haben, müssen wir die Zeit im Strafvollzug sinnvoll nutzen und sie darauf vorbereiten.» Aus Erfahrung weiss sie: Reintegration ist möglich. Mit viel Engagement setzt sich die junge Juristin deshalb für entsprechende

Angebote ein und erreichte unter anderem, dass in Puerto Cortés ein Teil der Strafen in Form von Spital- oder Gemeindearbeit abgegolten werden kann.

Manche erhalten damit zum ersten Mal in ihrem Leben die Möglichkeit, sich in einem Job zu bewähren. Auch das tägliche Unterrichtsangebot im Gefängnis wird rege genutzt. Hier erst hat José Arturo lesen, schreiben und rechnen gelernt. Als Kind konnte er nicht in die Schule, seine Familie war zu arm. Nun hofft er, dank der neuen Fähigkeiten nach der Entlassung eine Stelle als Hilfsarbeiter im Hafen zu finden.

Die Unterstützung für straffällig gewordene Jugendliche und Erwachsene ist Teil eines umfassenden Sicherheitskonzepts, mit dem Puerto Cortés in den letzten sechs Jahren beträchtliche Erfolge erzielt hat.

Die 70 000 Einwohner zählende Hafenstadt im Norden des Landes gilt als Musterbeispiel, wie die Gewaltspirale mit geeigneten Massnahmen und

Spezielle Strategie für fragile Staaten

Das Regionalprogramm der DEZA für Zentralamerika 2013-2017 unterscheidet sich stärker als zuvor von den Programmen in Nicaragua und Honduras. Dies, weil die Gewalteskalation in Honduras spezifische Massnahmen erfordert, um der fragilen Situation gerecht zu werden. Dazu gehören gemäss dem Konzept, welches speziell auf die Arbeit in fragilen Staaten ausgerichtet ist, vier Punkte:

- Vierteljährliches Monitoring der politischen Entwicklung.
 - Spezifische Programme, die auf die Ursachen der Gewalt zielen. Dazu gehören in Honduras u.a. Projekte im Sicherheitssektor wie die Polizeireform oder die Unterstützung von fünf «Municipios más seguros» sowie die Stärkung der Menschenrechte.
 - Konfliktsensitives Projektmanagement.
 - Die Ausrichtung traditioneller Themen auf spezifische Ziel- und Risikogruppen, wie z.B. im Bereich der Berufsbildung die Verbesserung der Talleres Populares.
- www.cooperacion-suiza.admin.ch



Gabriela Neuhaus

Das Polizeikorps leidet unter prekären Arbeitsbedingungen und Unterkünften sowie an mangelhafter oder gar fehlender Infrastruktur

Neue Töne bei der Polizei

Auf dem Vorplatz der Polizeiakademie proben Kadetten für die nächste Parade, andere messen sich im Nahkampf. Die klassischen Disziplinen seien nur noch Teil einer viel umfassenderen Ausbildung, betont Leonel Suaceda, Direktor der nationalen Polizeiakademie. Die Zeiten, da die Polizei mit harter Hand gegen Jugendliche vorgegangen ist, seien vorbei: «Die jungen Polizistinnen und Polizisten werden in Empathie geschult. Künftig sollen sie in den Barrios auch Präventionsarbeit leisten und Vorbilder sein für Jugendliche in prekären Verhältnissen.» Bei den 280 Aspirantinnen und Aspiranten, die gegenwärtig die Offiziersausbildung absolvieren, kommt die neue Ausrichtung gut an: «Ich komme selber aus einer zerrütteten Familie», sagt die 21-jährige Marlen Zelaya: «Mit dieser Ausbildung habe ich nicht nur eine Stelle auf sicher, sondern kann einen ehrenwerten Beruf ausüben und der Gesellschaft dienen.»

entschlossenem Durchgreifen gebremst werden kann: Die Zahl der Gewaltdelikte ist zurückgegangen, Jogger und Spaziergänger trauen sich auch abends wieder an den Strand, was lange nicht der Fall war.

Ein Sicherheitskomitee mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft, Kirche und weiteren sozialen Organisationen beschloss 2006, den Kampf gegen die zunehmende Gewalt in der Stadt aufzunehmen. Nebst Sozialprogrammen wurde, mit finanzieller Unterstützung der Weltbank, eine vertrauenswürdige und zuverlässige Notrufzentrale aufgebaut, welche rund um die Uhr in Betrieb ist.

An Schlüsselstellen in der Stadt hat man Überwachungskameras installiert, die Polizeipatrouillen mit GPS-Geräten ausgerüstet. «Damit können wir die wenigen Patrouillenfahrzeuge, die uns zur Verfügung stehen, effizient einsetzen und gleichzeitig die Tätigkeit der Polizei überwachen», sagt Bürgermeister Allan David Ramos.

Attraktiv für Drogenhandel

Das Misstrauen in die honduranische Polizei ist weit verbreitet – und berechtigt: Untersuchungen haben unzählige Fälle von Korruption, kriminellen Verstrickungen sowie brutaler Gewaltausübung ans Tageslicht gebracht. Eine von der Regierung eingeleitete Säuberung des Korps hat bisher wenig Wirkung gezeigt. Hinzu kommt, dass

die Polizei zahlenmässig stark unterdotiert und schlecht ausgerüstet ist.

«Die Schwäche des Staates, gepaart mit seiner Anfälligkeit für Korruption, macht Honduras zu einem attraktiven Umschlagplatz für den internationalen Drogenhandel», sagt Kurt Ver Beek von der Bürgerrechtsorganisation Alianza por la Paz y la Justicia. Dies sei der Grund, weshalb Honduras seit ein paar Jahren eine derartige Gewalteskalation erlebe. Um das Ruder wieder herumzureissen, brauche es dringende Veränderungen in der politischen Kultur des Landes, Transparenz und gute Regierungsführung. Ver Beek ist überzeugt, dass sich der Drogenhandel neue Regionen und Routen suchen wird, sobald ihm in Honduras zu grosser Widerstand erwächst.

DEZA mit neuer Strategie

Die prekäre Sicherheitssituation hat verheerende Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft: Während das Nachbarland Nicaragua beträchtliche Fortschritte in der Armutsbekämpfung verzeichnet, stagniert Honduras. Deshalb versucht die internationale Gemeinschaft nun mit neuen Ansätzen, die auf eine Stärkung der staatlichen Sicherheitsorgane und die Verbesserung der Menschenrechtssituation zielen, die Rahmenbedingungen für Entwicklung zu verbessern. Auch die DEZA, die seit 1977 in Honduras engagiert ist, reagiert mit einer speziell auf die aktu-



Gabriela Neuhäus (3)



Die überfüllten Gefängnisse spotten jeglichen Menschenrechts-Normen. Ohne Geld geht hier nichts – mit einfachen Handarbeiten versuchen viele, ein paar Lempiras zu verdienen.

elle Situation zugeschnittenen Strategie. «Wir haben unsere Präsenz vor Ort verstärkt und fokussieren auf Themen wie Menschenrechte, Justiz und Polizei. Damit setzen wir direkt beim Kernproblem an», sagt Jürg Benz, Leiter des DEZA-Kooperationsbüros in Tegucigalpa. So beteiligt sich die Schweiz unter anderem mit eigenen Mitteln und ergänzenden Projekten an der Polizeireform, die unter Federführung der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID gemeinsam mit den honduranischen Behörden durchgeführt wird. Ziel des ehrgeizigen Projekts, für das insgesamt 66 Millionen Dollar an multi- und bilateralen Entwicklungsgeldern zur Verfügung stehen, sind die Neuausrichtung und Stärkung des staatlichen Sicherheitsapparats sowie die Unterstützung ausgewählter Städte, die nach dem Vorbild von Puerto Cortés ihre Sicherheit verbessern wollen.

Schwache Polizei

Sowohl die BID wie die DEZA begeben sich mit ihrem Engagement im Polizeisektor auf entwicklungspolitisches Neuland, was auch Risiken birgt. «Die politische Situation in Honduras ist momentan so fragil, dass wir keine Garantie für das Gelingen des Projekts haben», räumt Thomas Jenatsch vom Zentralamerika-Desk der DEZA ein. Man habe sich trotzdem für diesen Weg entschieden, weil mit der Reform, wenn sie gelingt, eine wichtige Basis für künftige Entwicklung geschaffen werde. Um zu verhindern, dass der Umbau der Polizei nach rein technokratischen Kriterien erfolgt oder von einer politischen Gruppe für ihre Interessen usurpiert wird, unterstützt die DEZA auch die Bürgerrechtsplattform Alianza por la Paz y la Justicia und stärkt deren Kompetenzen sowohl bei

Vertrauen in Allianz

In der Alianza por la Paz y la Justicia haben sich Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Privatunternehmen, Universitäten und weitere Organisationen der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen. Sie ist im allgemeinen Klima von Angst und Politikverdrossenheit zu einer wichtigen Stimme im Land geworden und setzt sich vor allem für die Säuberung und Reform des öffentlichen Sicherheitssystems und der Justiz ein. Prominenteste Vertreterin der Allianz ist Julieta Castellanos, Rektorin der Nationalen Autonomen Universität UNAH. Im Gegensatz zu vielen Politikern genießen die Vertreterinnen und Vertreter der Allianz por la Paz y la Justicia das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten sowie der internationalen Gebergemeinschaft. www.pazjusticiahonduras.com



Gabriela Neuhäus (3)



Schweiss- oder Backkurse sollen Jugendlichen in armen Quartieren helfen, auch ohne Weiterbildung oder feste Anstellung, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten

Chancen für Jugendliche

Nirgends in Zentralamerika ist die Zahl der Jugendlichen, die weder arbeiten, noch studieren so hoch, wie in Honduras: 24 Prozent aller 12- bis 24-Jährigen gehören zu dieser «Risikogruppe». Mit gezielten Präventionsprojekten sollen ihnen Alternativen zu den Versuchungen, die von kriminellen Banden und Drogen ausgehen, angeboten werden. Mit dem von der DEZA initiierten Programm «Projovent» will man die bestehenden Talleres Populares, die in vielen Barrios im Rahmen sozialer Projekte angeboten werden, verbessern. «Die niedrigschwelligen Kurse sollen künftig auf die Bedürfnisse des Marktes abgestimmt werden», sagt Rolf Kral, der das Projekt im Auftrag der DEZA entwickelt hat. Aktuell werden vor allem Coiffeur-, Näh- und Schweisskurse angeboten. Als erstes Pilotprojekt wurde im Rahmen von Projovent neu eine Lehrbäckerei eröffnet, ange-dacht ist zudem ein Kurs für Motorradmechaniker.

der Einforderung als auch bei der Kontrolle der Reform.

Wie gross der Handlungsbedarf bei der Polizei ist – nicht nur bezüglich Verhinderung von Korruption und kriminellen Machenschaften – zeigt ein Augenschein in Comayagua: Der Polizeipräsident des Departements, Juan López Rochez, ist ein Vertreter der neuen Generation und plädiert anlässlich eines Besuchs der DEZA-Delegation für ein Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität.

Gleichzeitig weist er auf drastische Mängel hin, die eine effiziente Polizeiarbeit verunmöglichen: Für das gesamte Departement mit knapp einer halben Million Einwohnern stehen nur gerade 500 Polizisten zur Verfügung. Ihnen fehlt es an Fahrzeugen, Funkgeräten, ja sogar an Waffen. Es gibt keine separaten Räume für delikate Verhöre, Protokolle werden mangels Computern von Hand aufgezeichnet, und die Fahndungsabteilung verfügt weder über das notwendige Personal, noch über technische Mittel, die heutigen Standards entsprechen. Beim Besuch in der Kaserne fallen zudem die primitiven Einrichtungen der Polizeiunterkünfte auf.

Perspektiven dank Ausbildung

Verbesserte Ausrüstung und Ausbildung der Polizei sind jedoch nur ein Aspekt auf dem Weg zu

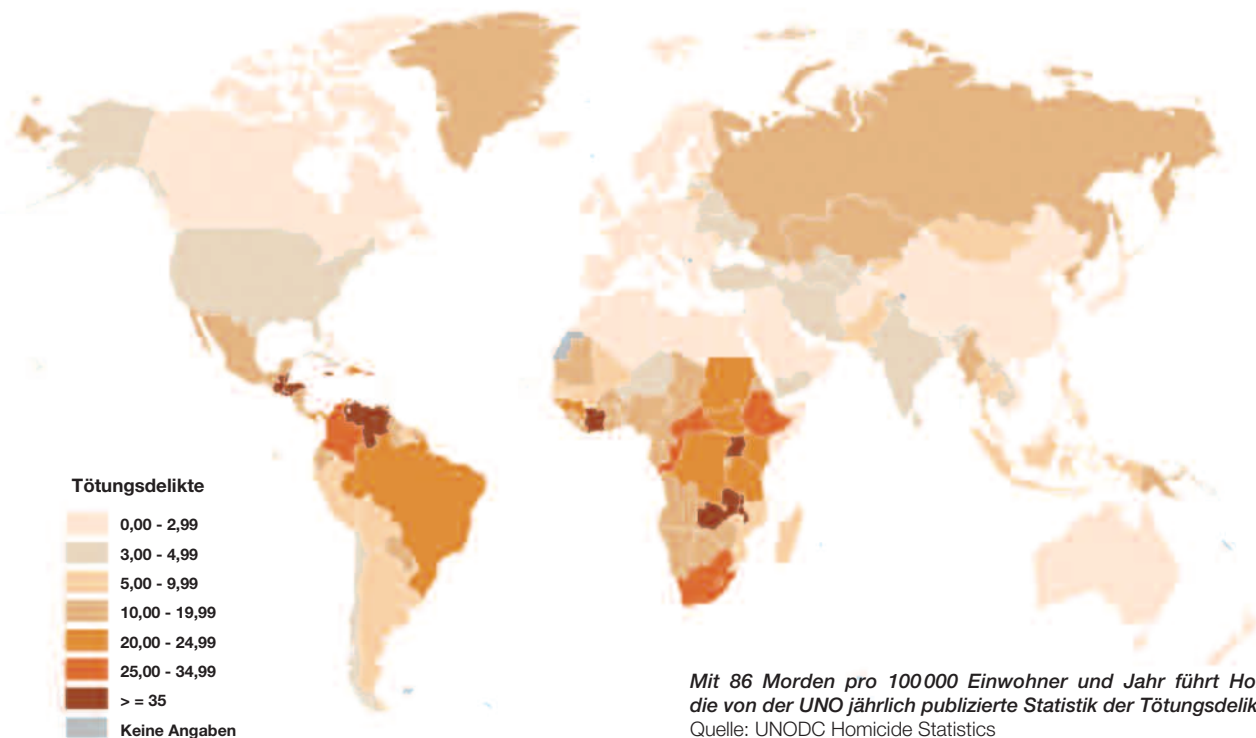
mehr Sicherheit. Nach dem Vorbild von Puerto Cortés, haben weitere Gemeinden lokale Sicherheitskonzepte erarbeitet, die unter anderem mit Unterstützung der DEZA im Rahmen des Projekts «Municipios más seguros» umgesetzt werden. Dazu gehören insbesondere auch Angebote, von denen man sich präventive Wirkung erhofft. So absolvierten in Puerto Cortés letztes Jahr erstmals 31 Jugendliche aus prekären Verhältnissen eine einjährige Ausbildung als Elektriker und Schwei-ser.

Solche Talleres Populares, wie sie genannt werden, gibt es in zahlreichen Städten. Im Barrio Villanueva in Tegucigalpa etwa, erfreuen sich die Schweisskurse von Julio Cesar Bautista besonderer Beliebtheit. Der Lehrmeister weiss seine Schützlinge zu begeistern und begleitet diese auch beim schwierigen Schritt in die Selbstständigkeit.

Der 21-jährige Kelvin hat es geschafft: Gemeinsam mit zwei Kollegen fabriziert er Metalltüren für Kunden im ganzen Quartier. «Die Konkurrenz ist gross», sagt der stolze Jungunternehmer. «Aber wir liefern gute Qualität, das wissen die Leute zu schätzen.» ■

Facts & Figures

Globale Statistik Tötungsdelikte



Fragilität und Entwicklung

Staaten gelten als fragil, deren Regierung nicht willens oder in der Lage ist, staatliche Grundfunktionen im Bereich Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, soziale Grundversorgung und Legitimität zu erfüllen. In fragilen Ländern sind die staatliche Institutionen sehr schwach oder vom Zerfall bedroht; die Bevölkerung leidet unter extremer Armut, Gewalt, Korruption und politischer Willkür.

Die 10 OECD-Prinzipien für die Arbeit in fragilen Staaten

1. Den Kontext als Ausgangspunkt nehmen
2. Schaden vermeiden
3. Die Staatsbildung als zentrales Ziel betrachten
4. Der Prävention den Vorrang geben
5. Die Zusammenhänge von Politik-, Sicherheits- und Entwicklungszielen erkennen
6. Nichtdiskriminierung als Basis für inklusive und stabile Gesellschaften fördern
7. Die Massnahmen in verschiedenen Kontexten auf verschiedene Weise auf lokale Prioritäten ausrichten
8. Praktische Koordinationsmechanismen zwischen internationalen Akteuren vereinbaren
9. Schnell handeln – aber lange genug engagiert bleiben, da mit sich Erfolge einstellen können
10. Ausgrenzung vermeiden

www.oecd.org/dac/incaf/39437107.pdf

Jugendliche in fragilen Kontexten

Laut Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen Unicef leben rund eine Milliarde Kinder und Jugendliche in Gebieten mit bewaffneten Konflikten – rund die Hälfte der weltweit 34 Millionen Flüchtlinge sind Kinder.

Links

«Eine Welt» 2/2012

Das Dossier «Fragile Staaten» zeigt die Entwicklungszusammenarbeit in fragilen und konfliktbeladenen Kontexten auf mit Beispielen aus Zentralasien, Sri Lanka, Nepal und Südsudan.
Herunterladen oder bestellen unter www.deza.admin.ch (Eine Welt)

DEZA-Engagement in fragilen Staaten
www.deza.admin.ch (Fragile Staaten)

Studie über Gewalt in Honduras
www.hsfk.de (Honduras)

Global Peace Index
Die Friedfertigkeit weltweit von Nationen und Regionen
www.visionofhumanity.org

Literatur

«Zentralamerika. Politik, Wirtschaft, Kultur heute», S. Kurtenbach, W. Machenbach, G. Maihold, Volker Wunderlich (Hrsg.), Vervuert Verlag 2008 – www.iberro-america.net

Die neue Freiheit boomt und ernüchtert

Nach jahrzehntelanger Abschottung und Militärdiktatur öffnet sich Myanmar seit zwei Jahren in atemberaubendem Tempo sowohl politisch wie wirtschaftlich. Fast scheint es, als können dem Land Fortschritt und Demokratie nicht schnell genug kommen. Doch längst nicht alle Bevölkerungskreise profitieren von der Entwicklung, und es kommt regelmässig zu Übergriffen auf Minderheiten. Von Sascha Zastiral, Yangon*.

Myanmar oder Burma?

Nach 1988 hat das damalige Militärregime die englische Schreibweise vieler Ortsnamen aus der Kolonialzeit geändert: So wurde Rangun zu Yangon und Burma zu Myanmar. Beim Landesnamen leiten sich beide Begriffe von «Bamar» ab, dem Namen der Hauptethnie des Landes. Aus der Namensänderung wurde schnell ein Politikum. Viele Demokratieaktivisten lehnen die Bezeichnung Myanmar bis heute ab. Sie sprechen weiterhin von Burma, u.a. weil Myanmar nicht ausreichend den multiethnischen Charakter des Landes widerspiegeln und sie dem einstigen Regime das Recht absprechen, den Namen zu ändern. Viele Staaten, darunter die USA und Grossbritannien, halten ebenfalls an Burma fest. Doch auch Suu Kyis Umgang mit dem Namen ihres Landes ist in letzter Zeit ambivalenter geworden. Auf Englisch spricht sie bis heute von Burma. Doch in ihren Reden auf Burmesisch, nennt auch sie ihr Land inzwischen Myanmar.



Die Aufbruchstimmung in Yangon ist bis weit in die Vorstädte hinaus spür- und sichtbar

Noch vor zwei Jahren wirkte Yangon wie ein aus der Zeit gefallenes Provinznest. Die historische Innenstadt rottete vor sich hin, auf den Strassen waren fast nur alte Autos aus den 1980er Jahren zu sehen. Mittlerweile jedoch sind die Anzeichen des Fortschritts in Myanmar's alter Hauptstadt Yangon unübersehbar: Quälend lange Staus ziehen sich durch die gesamte Stadt, überall wird gebaut, gehämmert, geschweisst und Asphalt aufgebrochen. Geschäftsleute aus aller Welt strömen nach Burma, dementsprechend sind die Hotelzimmerpreise in die Höhe geschossen.

Hinzu kommen Heerscharen an Touristen, die in das Land drängen, seit Burma nicht mehr als Pariah-Staat gilt. Überall werden neue Geschäfte, Restaurants und Bars eröffnet. Der Boom ist eine direkte Folge der politischen Öffnung des Landes, die Myanmar's Präsident Thein Sein vor zwei Jah-

ren eingeleitet hat. Der ehemalige General hat seit seinem Amtsantritt im März 2011 die Vorzensur für die Presse beendet und Hunderte politische Gefangene aus der Haft entlassen. Unterhändler der Regierung haben Waffenstillstandsabkommen mit beinahe allen ethnischen Milizen des kriegsgeschüttelten Landes unterzeichnet. Demokratieführerin Aung San Suu Kyi, die für ihre Überzeugungen fast 15 Jahre in Hausarrest verbracht hat, sitzt heute als Abgeordnete im Parlament in der neuen Hauptstadt Naypyidaw.

Längst nicht überall Fortschritt

In den riesigen Arbeitersiedlungen, die an das Industriegebiet Hlaing Thar Yar nordwestlich von Yangon grenzen, ist der Aufschwung jedoch noch nicht angekommen. Etwa eine Autostunde von Yangons Innenstadt entfernt leben hier Hundert-

tausende Arbeiter mit ihren Familien, die meisten von ihnen in einfachen Holz- oder Bambushütten. Die Lebensbedingungen sind schwierig: Es gibt weder fließendes Wasser noch eine Kanalisation. Im nahe gelegenen staatlichen Gesundheitszentrum gäbe es häufig keine Medikamente, sagen die Anwohner. Hilfe suchen sie sich meist in einer Klinik, die das UNO-Kinderhilfswerk Unicef schon vor Jahren hier eröffnet hat.

Hla Nyunt und seine Frau leben seit mehr als 20 Jahren hier. Der 56-jährige arbeitet als Nachtwächter in einer Fabrik und verdient damit etwas

Eliten aus der Zeit der Militärdiktatur davon profitieren.

Hetzkampagnen und Ausschreitungen

Die Frustration über den ausbleibenden wirtschaftlichen Aufschwung dürfte eine der Ursachen für die wohl gravierendste Negativentwicklung der vergangenen zwei Jahre sein: Immer öfter kommt es zu schweren, religiös motivierten Ausschreitungen. Der bislang schlimmste Vorfall hat sich vergangenes Jahr in der Rakhine-Provinz im Westen des Landes ereignet. Nach dem Mord an einer jun-



Juana Chacón/vgl
Bettina Filmer/vgl



Während die Städte aus allen Nähten platzen, ist der Aufschwung in ländlichen Gegenden noch nicht angekommen

über 40 Franken im Monat. Das Haus der beiden ist eine wackelige Bambuskonstruktion, in der auf zwei Stockwerken sieben Menschen leben. Mehrere grosse Plakate mit Bildern von Aung San Suu Kyi hängen im Wohnraum. Hla Nyunt ist Mitglied ihrer Partei, der Nationalen Liga für Demokratie (NLD). Auf einem Holztisch stehen ein kleiner Farbfernseher und ein DVD-Spieler.

Hla Nyunts Frau sitzt in einer kleinen vorgelagerten Hütte, die als Küche dient, und schält Zwiebeln und Knoblauch. Damit verdient sie knapp einen Franken am Tag. Ihre sieben Kinder leben alle in der Nähe und schlagen sich ebenfalls mit Gelegenheitsjobs durch. «Es hat schon Veränderungen gegeben», sagt Hla Nyunt, «früher war es unmöglich, sich politisch oder seine Wünsche zu äussern, das ist heute ganz anders. Auch können die Menschen jetzt Kritik an der Regierung üben. Wirtschaftlich hat sich jedoch nicht viel verbessert. Ganz im Gegenteil: Die Lebensmittel wurden in zwei Jahren so teuer, dass viele Arbeiterfamilien Schwierigkeiten haben, jeden Tag für alle Familienmitglieder genug Essen auf den Tisch zu stellen.»

Trotz der politischen Öffnung finden viele Menschen in Myanmar, dass es mit ihrem Land nicht wirklich vorangehe. Und sollte der herbeigesehnte wirtschaftliche Aufschwung dennoch irgendwann einsetzen, dann würden vor allem die alten

gen Buddhistin, für den Mitglieder der überwiegend muslimischen Rohingya-Ethnie verantwortlich gemacht wurden, kam es zu Angriffen auf Muslime, die schnell zu regelrechten Pogromen anwuchsen. In zwei Gewaltwellen kamen Hunderte Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Muslime. Die Angreifer zerstörten ganze Stadtteile und Dörfer. Mehr als 120 000 Rohingya sitzen heute in Flüchtlingslagern fest, die sie nicht verlassen dürfen und wo es am Nötigsten mangelt.

In den vergangenen Monaten haben sich die Ausschreitungen gegen Muslime, die rund fünf Prozent der Einwohner des Landes ausmachen, ausgeweitet. Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der es nicht neue Berichte über religiös motivierte Gewaltakte gibt. Der Gewalt gehen häufig antimuslimische Hetzkampagnen durch Anhänger radikaler buddhistischer Gruppen voraus.

Der prominenteste Fanatiker des Landes ist der buddhistische Mönch Ashin Wirathu. Der heute 45-jährige sass bis zum vergangenen Jahr im Gefängnis, weil er 2003 mit einer Hetzrede tödliche Übergriffe auf Muslime ausgelöst hatte. Im Zuge einer weltweit gefeierten Amnestie für politische Gefangene kam auch Wirathu frei – und setzte seine Hasskampagne sofort wieder in Gang. Sie ist gespickt mit Beschimpfungen und rassistischen Beleidigungen gegenüber Muslimen. Er fordert seine Lands-

Myanmar in Kürze

Name

Republik der Union Myanmar

Hauptstadt

Naypyidaw

Fläche

676 578 km²

Einwohner

55 Millionen

Durchschnittsalter

27 Jahre

Ethnien

Birmanen (Bamar) 68%
Shan 9%
Karen 7%
Rakhine 4%
Chinesen 3%
Andere 9%

Bruttoinlandprodukt pro Kopf

835 USD

Exportgüter

Erdgas, Holzprodukte, Hülsenfrüchte, Bohnen, Fisch, Reis, Textilien, Jade und Edelsteine





Ian Teh/WUJiit
Sascha Zastiral



Mit der Öffnung des Landes ist das Angebot auf breiter Ebene – so auch bei den Apotheken und den Medien – grösser geworden

leute dazu auf, sich von Muslimen zu distanzieren, nicht in ihren Geschäften einzukaufen, sie nicht zu heiraten und ihnen kein Land zu verkaufen. Auch sollen sie sich von der Demokratieführerin Aung San Suu Kyi abwenden. Denn ihre Partei sei, genau wie alle übrigen grossen Parteien, von Muslimen unterwandert.

Fehlendes Vertrauen der Minderheiten

Suu Kyis Ansehen hat infolge der immer wiederkehrenden Gewalt in der Tat gelitten. Dies jedoch vor allem im Ausland: Denn trotz der verheerenden Ausschreitungen schweigt Suu Kyi weitgehend zu dem Thema. Offenbar möchte die Politikerin es vermeiden, sich bei der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit Sympathien zu verspielen. Kritiker bemängeln, dass die Friedensnobelpreisträgerin ihr hohes Ansehen und ihre grosse moralische Autorität dazu nutzen müsse, der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Im ersten Stock des NLD-Hauptquartiers in Yangons Stadtteil Bahan sitzt an einem Schreibtisch Tin Oo, der 85-jährige, vor Energie sprühende Vizevorsitzende von Suu Kyis Partei. Auf die anhaltende antimuslimische Gewalt angesprochen erklärt er, korrupte Beamte hätten während der Zeit der Militärdiktatur viele Einwanderer aus Bangladesch und Indien ins Land gelassen, was nun zu den Problemen beitrage: «Wir müssen bei denjenigen, die hier leben, prüfen, ob sie wirklich schon lange hier sind und ob deren Vorfahren schon hier gelebt haben. Falls ja, haben sie ein Recht, hier zu leben und sind auch burmesische Staatsbürger.» Für alle anderen gelte aber in jedem Fall «das Menschenrecht, in Frieden zu leben». Entwicklungspolitisch müsse ein Klima des Vertrauens geschaffen werden, fordert Tin Oo. «Die Menschen dürfen nicht in Sor-

ge sein, dass man sie für grosse Industrieprojekte – die zweifellos kommen werden – enteignet, ohne dafür angemessen entschädigt zu werden. Das gilt insbesondere für die ethnischen Minderheiten des Landes. Wir müssen unser Möglichstes tun, damit diese uns vertrauen und dadurch auch Vertrauen in die nationale Einheit des Landes finden.»

Aufruf zu friedlichem Zusammenleben

Vielen Menschen scheint jedoch das Vertrauen, zumindest dasjenige in ihre Polizei, abhandengekommen zu sein. In vielen Stadtteilen Yangons, aber auch in vielen Dörfern und anderen Städten des Landes haben sich Bürgerwehren gebildet, denen Mitglieder aller Religionsgruppen angehören. Sie sind eine Reaktion auf die Zurückhaltung ihrer Vorbildfiguren und auf die Untätigkeit der Behörden. Die Garden bewachen nachts die Zugänge zu ihren Vierteln und achten darauf, dass keine Fremden eindringen und Unfrieden stiften. Augenzeugen berichteten nach den gewalttätigen Ausschreitungen der jüngsten Zeit oft, dass viele der Angreifer von auswärts in die betroffenen Gemeinden gekommen waren.

In Yangon verteilen derweil junge Aktivisten unter dem Motto «Beten für Myanmar» regelmässig Flugblätter, T-Shirts und Aufkleber, auf denen sie zu einem friedlichen Zusammenleben aufrufen. 95 Prozent der Menschen, so einer der Initianten der Aktion, nehmen die Aufkleber und T-Shirts gerne an. ■

**Sascha Zastiral ist freier Südasien-Korrespondent, u.a. für die «Neue Zürcher Zeitung» und deutsche Medien.*

Verfolgte Minderheit

Gemäss den Vereinten Nationen sind die Rohingya eine der am stärksten verfolgten Minderheiten der Welt. Zur Volksgruppe gehören rund 800 000 Menschen, die grösstenteils im Westen von Myanmar leben. Mehrheitlich muslimischen Glaubens, sind sie mit den Bengalis im benachbarten Bangladesch verwandt, besitzen jedoch eine eigenständige Sprache und Kultur. Die Rohingya leben vermutlich schon seit Hunderten von Jahren in der Region. Trotzdem anerkennt sie Myanmar nicht als Staatsbürger. Viele Burmesen betrachten sie denn auch als illegale Einwanderer aus dem heutigen Bangladesch. Aufgrund von Repression und Verfolgung leben deshalb viele Rohingya als Flüchtlinge in Bangladesch und anderen Ländern Südasiens.

Aus dem Alltag von...

Peter Tschumi, Direktor Kooperation und Stellvertretender Botschafter in Yangon

Manche Wünsche gehen schneller in Erfüllung, als man glaubt. Im Juli letzten Jahres lagen meine Frau und ich im Engadin auf einer Wiese und fantasierten ein wenig, wohin wir denn gerne reisen würden, wenn ich von der DEZA nochmals ins Ausland geschickt würde. Eines der Länder, die wir aufzählten, war Myanmar. Zu diesem Zeitpunkt rechnete ich überhaupt nicht damit, dass ich Mitte September tatsächlich ein solches Angebot erhalten sollte. Doch dann ging alles Schlag auf Schlag. An einem Samstagmittag kam die Anfrage, am Montag fiel der Entscheid und einen Monat später reiste ich aus.

Dies erklärt, weshalb ich bisher kaum Myanmarisch spreche. Normalerweise haben solche Aufenthalte eine längere Vorbereitungszeit, aber aufgrund der sich abzeichnenden demokratischen Öffnung von Myanmar hatte der Bund rasch entschieden, sein Engagement hier stark auszubauen. Für meine Funktion suchte man jemanden mit viel Erfahrung und ich konnte sofort einsteigen. Meine Frau hat sich glücklicherweise entschieden nachzureisen, sobald sie in ihrem Job alles abgeschlossen hat. Unsere Kinder studieren jedoch und bleiben in der Schweiz.



DEZA

«In der Stadt herrscht Aufbruchstimmung, in fragileren Landesgegenden Skepsis.»

Während Einheimische kaum vor halb 9 Uhr am Arbeitsplatz eintreffen, starte ich früh, denn später verstopft der Verkehr alles. Yangon boomt seit der Öffnung extrem, jeden Tag hat es mehr Autos, mehr Touristen, mehr Geschäftsreisende. Die Infrastruktur jedoch kann nicht mithalten. Die Hotel- und Wohnungspreise haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. In der Stadt ist eine starke Aufbruchstimmung spürbar, aber in fragileren Landesgegenden herrscht auch Skepsis vor. Derzeit laufen beispielsweise mehr als ein Dutzend Waffenstillstands-Verhandlungen mit Rebellengruppen aus ethnischen Minderheiten, welche die Schweiz teilweise beratend unterstützt.

In den letzten Monaten war ich in meiner Funktion als «Direktor Kooperation» und Stellvertreter des Botschafters stark mit der Organisationsent-

wicklung beschäftigt. Vor der Eröffnung der Botschaft im November 2012 waren wir hier in Yangon nur mit einem Programm für humanitäre Hilfe und rund 20 Personen präsent. Seither haben wir kontinuierlich aufgestockt und werden bis Ende 2013 auf rund 40 Personen anwachsen. Hinzu kommen die Teams in den zwei Feldbüros. Knapp ein Drittel des Teams in Yangon sind Schweizer, zwei Drittel Einheimische. Es braucht noch etwas Zeit, bis sich die Abläufe eingespielt haben und das Team harmonisieren wird.

Die Programmarbeit ist jedoch bereits in vollem Gang. Dabei können wir unter anderem auf die solide Vorarbeit der Humanitären Hilfe aufbauen, die nach dem Zyklon Nargis von 2008 ein grosses Wiederaufbauprogramm mit Schwerpunkt im Schulhausbau gestartet hat. Der Bau einer neuen Schule schafft nicht nur Vertrauen in die Leistungen der Schweiz, er kann auch bewusst als Anknüpfungspunkt für weitergehende Massnahmen zur Gemeindeentwicklung verwendet werden. So können im Idealfall zukünftig auch ehemals verfeindete Parteien an einen Tisch geholt werden, um gemeinsam ein solches Projekt für ihre Region zu planen. ■

(Aufgezeichnet von Mirella Wepf)

Verstärktes Engagement

Myanmar stand seit 1962 unter Militärherrschaft, bis diese am 4. Februar 2011 einen zivilen Präsidenten als Staatsoberhaupt einsetzte. Als Reaktion auf die Politik der Öffnung wurden die internationalen Sanktionen gegen das Land gelockert. Im Juni 2012 entschied die Schweiz, in Myanmar eine Botschaft zu eröffnen. Auch die Aktivitäten der DEZA und der Abteilung für Menschliche Sicherheit (AMS) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDÄ werden verstärkt. Botschaft, DEZA und AMS sind im gleichen Büro untergebracht und verfolgen eine gemeinsame, integrierte Strategie. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören neben der üblichen diplomatischen Arbeit: Einkommensförderung und Berufsbildung; Landwirtschaft und Ernährungssicherheit; Gesundheit, soziale Dienstleistungen und lokale Gouvernanz; Friedensförderung, Demokratisierung und Schutz von Verfolgten.

www.deza.ch/mekong
www.swiss-cooperation.admin.ch/mekong

Home Sweet Home

Ich freue mich zum Water Festival, unserem Neujahrsfest, in mein Heimatdorf zu gehen, weil ich sie dann wiedersehe. «Sie» sind meine Dorfbewohner, die vorübergehend in Thailand leben. Ursprünglich waren sie papierlose Gastarbeiter, die in sogenannten 3D-Jobs arbeiten, das sind Jobs, die dreckig, schwierig und gefährlich sind (dirty, difficult and dangerous). Dank der neuen thailändischen Politik haben sie nun Papiere und können öfter und gefahrloser nach Hause kommen.

Die Massmigration im Mon-Staat begann Anfang 2000. Weil viele Anreize bestehen, bringt sozusagen jedes Haus Arbeiter für den thailändischen Arbeitsmarkt hervor. Das Migrantenleben birgt enorme menschliche Unsicherheiten, trotzdem verlassen die meisten jungen Leute ihr Dorf bereits als Teenager. In ihren Augen lohnt sich Bildung nicht, verglichen mit einem Job in Thailand. Für sie ist Bildung zu teuer für das, was zurückkommt. Die Jobs im öffentlichen und im privaten Sektor sind schlecht bezahlt, und die Militärregierung hat das Bildungssystem zerstört. «Wenn unsere Kinder nach Schulabschluss nicht überleben können, warum sollen wir sie in die Schule schicken?», fragen die Eltern.

Die Bereitschaft zur Migration ist gross, weil die Dorfbewohner alle respektieren, die Geld nach Hause überweisen. Die meisten Mädchen heiraten früh oder gehen weg. Wer reich heiratet oder Geld nach Hause schicken kann, ist ein Held. Ich werde niemals eine Heldin sein und von Jugendlichen benieden werden. Während meine Freunde

ohne Schulabschluss nach Thailand gingen, war für mich Bildung das Wertvollste. Unter dem Militärregime ging es vielen normalen Bürgern ausserhalb der Wirtschaftszentren schlecht. So auch meinen Eltern.



Nwet Kay Khine, 34, ist Journalistin und politische Nachrichtenanalystin bei der Mediengruppe «Living Color Media» mit Sitz in Yangon. Sie hat Masterabschlüsse in Internationale Beziehungen, Internationalen Entwicklungsstudien sowie in Journalismus, Medien und Globalisierung. Nwet Kay Khine unterrichtet ausserdem im informellen Bildungssektor Fächer im Bereich Medien und Entwicklung. Sie lebt in Yangon und schreibt Kolumnen für das Wochenmagazin «Voice Weekly Newspaper», in der sie Entwicklungsthemen in Myanmar mit anderen Ländern vergleicht.

Mein Studium zu beenden, war mühsam, weil die Uni oft geschlossen wurde. Weil mir Bildung wichtig war, stellten die Dorfbewohner immer wieder Fragen. Als ich 16 Jahre war, wollten sie wissen, ob ich auch ins Hochland (thailändische Grenze) ginge. Als ich mit 18 anfing, an der Universität Yangon zu studieren, hiess es: «Warum machst du deinen Eltern so viele Probleme? Sei eine gute Tochter. Andere Eltern kriegen Geld von ihren Kindern.» Als ich 22 wurde: «Warum willst du nicht heiraten? Noch mehr Abschlüsse! So ein Blödsinn!» Mit 25: «Wie viel verdienst du im Monat?» Als ich 30 wurde, gaben sie auf. Sie konnten ja nicht sehen, wie ich mich verändert hatte. Ich gewann Stipendien für Hochschulen im Ausland. Ich bin leitende Redaktorin bei einer einflussreichen Zeitung sowie Vertreterin einer europäischen NGO. Aber diese Veränderungen bedeuten ihnen nichts. Für sie bin ich immer noch dieselbe – gleiche Kleidung, gleiche Frisur. Meine Familie lebt in stabilen Verhältnissen, hat nicht viel mehr als vorher.

Dagegen ist ihr eigenes Leben instabil, das soziale Netz brüchiger geworden. Früher waren die Dorfbewohner ehrlicher und freundlicher. Ausserhalb der Dorfgemeinschaft muss das Leben hart und der Kampf ums Geld unerbittlich sein. Unsere Toleranz und Solidarität leiden. Die Menschen denken materialistischer. Nur eines hat sich nicht verändert: ihre Einstellung gegenüber der Bildung. Myanmar's Volkswirtschaft hat die Tore für fähige Arbeitskräfte geöffnet. Eine anständige Ausbildung ist wichtiger denn je. Wie sollen sie in Zukunft überleben? Können sie sich für immer auf die thailändische Wirtschaft verlassen? Nein. Soll mein Dorf weiterhin einfache Arbeiter für das moderne Myanmar hervorbringen? Das ist nicht die Zukunft, die ich mir für mein Dorf wünsche. Ich will verändern. Aber wo fange ich an? Ich habe Mitleid mit ihnen und sie mit mir. ■

(Aus dem Englischen)



Martin Sasse/vair

Umweltschutz in Mazedoniens Schulstuben

Angefangen hat alles mit der Initiative einer NGO an einzelnen Schulen – heute ist Umwelterziehung fester Bestandteil in Mazedoniens Lehrplan. Dies nicht zuletzt dank dem langjährigen Engagement der DEZA. Die Sensibilisierung für Umweltfragen ebnet den Weg für weitere Fortschritte und Projekte in diesem Bereich.



DEZA ©

(gn) Das Wassermanagement im idyllischen Tal des Bregalnica-Flusses soll verbessert und an europäische Standards herangeführt werden. Die Schweiz unterstützt dabei sowohl Projekte für eine intensivere Nutzung der Ressourcen, wie Bestrebungen zum Schutz der einmaligen Naturlandschaft. Dabei arbeitet sie eng mit der mazedonischen Umweltorganisation Oxo zusammen, die seit den 1990er Jahren Pionierarbeit im Bereich Umwelterziehung leistet.

Angefangen hat sie mit der Erarbeitung von anschaulichem Unterrichtsmaterial und der Zusammenarbeit mit Schulen und Lehrpersonen, die sich für die Thematik begeistern liessen. Unter dem Motto «Wir haben keinen Ersatzplaneten» setzen sie sich für die Verbesserung der Ökobilanz in den Schulhäusern sowie für die Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für Umweltfragen ein. Ihre Bestrebungen richten sie dabei nach den Richtlinien der internationalen Bewegung der Öko-Schulen.

Gemeindebudget profitiert

Die DEZA unterstützt diese Kampagne in Mazedonien seit 2002. Angesichts der Bedeutung und des Erfolgs des Projekts setzt sie sich seit 2010 dafür ein, dass die bis dahin freiwillige Umwelterziehung landesweit institutionalisiert und in die Lehrpläne aufgenommen wird. Wichtige Schritte in diese Richtung wurden mit der Schaffung einer Koordinationsstelle sowie der Integration des Themas Umwelt in den Schulstoff bereits vollzogen.

Mit der Umsetzung allerdings ist man noch nicht überall auf dem gewünschten Niveau, wie Romana Tedeschi, Programmbeauftragte für Mazedonien bei der DEZA, ausführt: «Die Verantwortung für



Praxisorientierte Umwelterziehung mit einem Theaterstück oder einem Workshop, in dem ein Kleid aus Abfall hergestellt wird

den Betrieb der Schulhäuser und für die Betreuung der Lehrer liegt bei den einzelnen Gemeinden. Dort haben Umweltanliegen oft keine Priorität.» Mangels Vergleichszahlen habe man vielerorts noch nicht realisiert, dass sich Umweltmassnahmen, wie zum Beispiel Energie- und Wassersparen, positiv auf Gemeindebudget auswirken können.

Deshalb hat die DEZA ihr Engagement um drei weitere Jahre bis 2015 verlängert. Zusätzlich ergeben sich dadurch Synergien für das neu lancierte Naturschutzprojekt im Tal der Bregalnica: Im Hinblick auf die anstehende Diskussion um die künftige Balance zwischen Nutzung und Schutz in dieser Region, hat Oxo neues Unterrichtsmaterial erarbeitet, das sich praxisnah mit Themen wie Biodiversität und Naturschutz im ländlichen Raum befasst. ■

Öko-Schulen

Die weltweite Bewegung der Öko-Schulen wurde 1994 von einer dänischen NGO ins Leben gerufen. Die Idee dahinter: Kinder und Jugendliche erleben und lernen in ihrem Schulalltag den nachhaltigen Umgang mit Wasser, Energie oder Abfall. Indem sie das Gelernte zuhause anwenden, werden sie zu Vermittlern für eine ökologischere Lebensweise. Öko-Schulen arbeiten mit einem Bonussystem: Die Verbesserungen werden in sieben Schritte unterteilt, bei denen jeweils spezifische Zielsetzungen zu erreichen sind. In Mazedonien leistete die Umweltorganisation Oxo 1998 mit der Lancierung der ersten Öko-Schulen Pionierarbeit. Heute wetteifern Schulen im ganzen Land um die Anerkennungspreise, die es für besonderes Engagement im Umweltbereich gibt. Dabei reicht das Spektrum vom Abfallsammel-Tag bis zu Solarpanels auf dem Schulhausdach. www.eco-schools.org

Strassen ebnen das Terrain für Entwicklung

Im Osten von Burkina Faso unterstützt die DEZA den Bau von ländlichen Fahrpfaden, um den Zugang zu Märkten und Basisdienstleistungen zu verbessern. Die Arbeiten werden nach einer speziellen Methode ausgeführt, bei der die Dorfbevölkerung selber Hand anlegt. Auf Geräte und Maschinen wird weitgehend verzichtet.



Helvetas Swiss Intercooperation

Für den Bau der Naturstrassen werden monatlich rund 900 Stellen für die Lokalbevölkerung geschaffen

(jls) Obwohl Verkehrswege ein wesentlicher Faktor für die ländliche Entwicklung sind, fehlen in Burkina Faso immer noch dringend benötigte, ganzjährig befahrbare Strassen. Viele Dörfer auf dem Land sind nur durch Buschpfade mit der Aussenwelt verbunden. Gesundheitseinrichtungen, Märkte und Schulen sind kilometerweit entfernt und nur zu Fuss oder per Velo erreichbar. In der Regenzeit sind die Dorfbewohner manchmal mehrere Monate von der Aussenwelt abgeschlossen. Mit einer nationalen Strategie für ländliche Verkehrswege bemüht sich die burkinische Re-

gierung nun seit Anfang 2000, die ländlichen Gebiete mit Strassen zu erschliessen.

Mensch ersetzt Maschine

Seit 2002 unterstützt die DEZA diese Strategie mit einem Programm zum Bau von Naturstrassen im Osten des Landes. Bis heute hat sie bereits 300 Kilometer Strasse und 126 Bauten zur Überquerung von Wasserläufen oder Niederungen finanziert. Rund fünfzig Dörfer mit insgesamt mehr als 500 000 Einwohnern konnten damit aus ihrer Isolation befreit werden.

Die Politik der Dezentralisierung sieht vor, dass die Gemeinden selber als Auftraggeber fungieren. Sie planen den Bau der Strassen, schreiben die Arbeiten aus, beauftragen die Unternehmen und überwachen die Ausführung. «Wir unterstützen die Gemeinden in dieser neuen Rolle und bei fehlenden Kompetenzen. Nicht alle Beteiligten können beispielsweise lesen und schreiben», sagt Lionel Giron, Programmkoordinator für Westafrika bei Helvetas Swiss Intercooperation, welche das Strassenbauprogramm umsetzt.

Auf den Baustellen sieht man keine einzige Strassenbaumaschine, dafür zahlreiche Arbeiterinnen und Arbeiter mit Schaufeln, Pickeln oder Schubkarren. Die HIMO-Methode (Haute Intensité de Main-d'œuvre) basiert nämlich auf der Idee, möglichst viele Arbeitskräfte aus der Region einzusetzen. Lokale Kleinunternehmen rekrutieren die in grosser Zahl benötigten Maurer, welche eine Kurzausbildung erhalten, und Hilfsarbeiter vor Ort. Gebaut wird während der Trockenzeit, wenn auf den Feldern kaum Arbeit anfällt. Jeden Monat werden so mehr als 900 Stellen angeboten, davon 135 für Frauen. Strassenbauerinnen und -bauer verdienen je nach Tätigkeit zwischen 3.30 und 5.65 Franken pro Tag.

Arbeit bringt konkreten Nutzen

Damit die Unternehmen auf regelmässig erscheinende Arbeitsequipen zählen können, ist es wichtig, dass die ausgewählten Gemeinden das Projekt voll unterstützen. Aus diesem Grund wird den Dorfbewohnern im Vorfeld erklärt, welche Vorteile ihnen die Erschliessung bringt. «Die Arbeit ist anstrengend. Man muss graben, schwere Steine herbeischaffen, Lateriterde mit der Schaufel verteilen, die Oberfläche feststampfen», erklärt Lionel Giron. «Die Leute wären sehr schnell entmutigt, wenn sie nicht wüssten, welchen Nutzen sie davon haben.»

Eine 2011 durchgeführte Wirksamkeitsstudie machte die Vorteile deutlich. Die Naturstrassen haben zu einer markanten Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region beigetragen. Der Zugang zu Gesundheitszentren, Schulen und anderen Basisdienstleistungen ist besser geworden. Im Notfall kommt die Ambulanz direkt zu den Kranken oder Hochschwangeren bis ins Dorf. Die grössere Mobilität wirkt sich auch wirtschaftlich aus: Die Bauernfamilien können mehr anbauen, weil sie die Möglichkeit haben, ihre Waren auf dem Markt zu verkaufen. Händler kommen sogar in die Dörfer, um lokale Produkte einzukaufen. So steigt die Kaufkraft zunächst durch die Arbeit auf den Baustellen und bleibt dann mit der wachsenden Geschäftstätigkeit erhalten.

Wer zahlt für Unterhalt?

Ein wichtiger Aspekt der HIMO-Methode ist der dauerhafte Unterhalt der Naturstrassen. Da die Dorfbevölkerung beim Bau selber Hand anlegt, weiss sie auch bestens, wie die Strassen zu reparieren sind. Allerdings bleibt nach wie vor unklar, welche Behörde den Unterhaltsauftrag vergibt. «Derzeit überlegen wir uns, wie wir den Gemeinden mehr Verantwortung übertragen können», erklärt Max Streit, Programmverantwortlicher bei der DEZA. «Auf jeden Fall braucht es noch vor Abschluss des Programms im Juni 2015 eine Entscheidung.»



Die neuen Fahrpisten haben die Lebensbedingungen in den Regionen erwiesenermassen deutlich verbessert

Die burkinische Regierung ist von der HIMO-Methode so fest überzeugt, dass sie letztes Jahr entschieden hat, sie zu einem zentralen Element ihrer Erschliessungspolitik zu machen. «Eine sehr positive Entwicklung», freut sich Lionel Giron. «Das bedeutet, dass unsere gemachten Erfahrungen auf nationaler Ebene angewendet werden können.» In Burkina Faso gibt es noch Tausende Naturstrassen, die zu bauen oder zu sanieren sind. Andere Geldgeber haben bereits ihr Interesse an diesen Projekten bekundet. ■

(Aus dem Französischen)

HIMO einst und jetzt

Die HIMO-Methode wurde in den 1970er Jahren von der Internationalen Arbeiterorganisation als Mittel gegen die hohe Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern ausgearbeitet. Einziges Ziel war die Beschäftigung von Arbeitern, entsprechend mager fielen die technischen und wirtschaftlichen Resultate aus. Inzwischen wurde das Konzept weiterentwickelt. Kosten, Rentabilität und Qualität spielen nun ebenfalls eine Rolle. Ausserdem werden die Arbeiten an lokale Kleinunternehmen vergeben, was den privaten Sektor ankurbelt. Mit dem Bau einer nachhaltigen Infrastruktur zu konkurrenzfähigen Preisen, schafft HIMO regional zahlreiche Arbeitsplätze. In Ländern mit tiefen Einkommen kosten die Baustellen 10 bis 30 Prozent weniger als solche, auf denen viele Geräte und Maschinen eingesetzt werden.

Einblick DEZA



Adrien Michel/DEZA

Benin: Arbeitsplätze auf dem Land

(bm) Von den 140 000 Beniner Unternehmen befinden sich gerade mal ein Drittel auf dem Land. Die meisten sind kleine Familienbetriebe ohne Angestellte. Um die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplatzbeschaffung zu fördern, finanziert die DEZA ein Projekt zur Stimulierung des Unternehmertums in ländlichen Gegenden mit. Mit privat bereitgestelltem Kapital sowie der Unterstützung bei Ausbildung und Innovation sollen kleine und mittlere Unternehmen gestärkt oder neu geschaffen werden. Anvisiert werden Bereiche wie Produktion, Verarbeitung und Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte sowie die Energieproduktion vor Ort.

*Projektdauer: 2013 bis 2017
Volumen: 3,7 Millionen CHF*

Gegen den Hunger in Ruanda und Burundi

(bm) Mangelernährung ist in Ruanda und Burundi weit verbreitet. Die DEZA kofinanziert ein von vier UNO-Agenturen umgesetztes Projekt zum Eindämmen der Ursachen dieses Problems in den schwächsten Bevölkerungsgruppen. Erwartet werden unter anderem eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion im Rahmen der Haushalte, die Förderung angereicherter Nahrungsmittel für Kleinkinder und Frauen sowie Sensibilisierungs- und

Informationskampagnen in den Bereichen Ernährung und Hygieneregeln.

*Projektdauer: 2013 bis 2016
Volumen: 5,8 Millionen CHF*

Libanon: Aufnahme von Flüchtlingen

(ung) Der Libanon bekommt die Auswirkungen des Kriegs in Syrien unmittelbar zu spüren – über 380 000 syrische Flüchtlinge haben im Land Aufnahme gefunden. Viele von ihnen leben in Gastfamilien. Doch diesen fällt es immer schwerer, die zum Unterhalt benötigten Mittel aufzutreiben. Die Humanitäre Hilfe der DEZA hat die zweite Phase eines Projekts in Angriff genommen, das sich dieser Not annimmt. In Wadi Khaled und Akroum, zwei Städten an der syrischen Grenze, richtet sie den Gastfamilien direkte finanzielle Hilfe aus. Das Projekt soll über 1800 Familien und 15 000 syrische Flüchtlinge erreichen.

*Projektdauer: 2013
Volumen: 2,6 Millionen CHF*

Gemüse geht zur Schule

(jah) Genug essen bedeutet nicht immer, auch ausgeglichenes Essen. Rund zwei Milliarden Menschen leiden unter einem Mangel an Mikronährstoffen, bekannt als «stiller Hunger». Die DEZA unterstützt deshalb ein Schulgartenprojekt in sechs Ländern des Südens (Burkina Faso, Tansania, Bhutan, Nepal, Indonesien, Philippinen). Damit soll die Ernährung der Schüler und ihrer Familien verbessert werden. Grossen Wert legt man dabei neben der Sensibilisierungsarbeit vorab auf die Wahl von Frucht- und Gemüsesorten

mit hohem Mikronährstoffgehalt, welche an die klimatischen Bedingungen angepasst sind. Die Ernte aus diesen Gärten wird in den Schulkantinen aufgetischt.

*Projektdauer: 2012 bis 2015
Volumen: 3,7 Millionen CHF*

Schutz der Andenwälder

(jah) Bei der Finanzierung des Kampfs gegen den Klimawandel werden die «an den nationalen Kontext angepassten Begrenzungsmaßnahmen (NAMA: nationally appropriate mitigation actions)» künftig zum Schlüsselement. Damit sollen Treibhausgasemissionen entwicklungsfördernd reduziert werden. Chile erarbeitet mit Unterstützung der DEZA als eines der ersten Länder ein solches Instrument für den Forstbereich. Dabei geht es nicht nur darum, Emissionen zu reduzieren, sondern auch Waldbesitzer an den chilenischen und den internationalen CO₂-Markt heranzuführen und eine bessere Verteilung der Erlöse zu gewährleisten.

*Projektdauer: 2013 bis 2014
Volumen: 1,6 Millionen CHF*

Tadschikistan: Entwicklung des Rascht-Tals

(mpe) Im abgelegenen Rascht-Tal in Tadschikistan ist das Leben hart. Die gebirgige Region ist die ärmste des Landes und leidet regelmässig unter verschiedensten Naturkatastrophen. Ausserdem ist sie politisch chronisch instabil. In diesem besonders fragilen Umfeld stellt die DEZA in Zusammenarbeit mit der Aga Khan Foundation den Übergang humanitärer Aktivitäten in eine nachhaltigere Entwicklung sicher. Das Programm



DEZA

konzentriert sich auf Trinkwasser und Gesundheit, beinhaltet aber auch andere Aspekte wie die Prävention von Naturkatastrophen und eine bessere Ressourcenbewirtschaftung. Mit ihrem Einsatz in dieser Region leistet die DEZA Pionierarbeit und bereitet den Boden für andere Geldgeber.

*Projektdauer: 2013 bis 2017
Volumen: 9,6 Millionen CHF*

E-Government in der Ukraine

(mpe) Zur Verstärkung ihres Einsatzes im Bereich lokaler Gouvernanz in der Ukraine hat die DEZA ein E-Government-Projekt lanciert. Damit sollen die Bürger unterstützt werden, die sich mit einer komplizierten, ineffizienten und korruptionsanfälligen Bürokratie herumschlagen müssen, indem moderne, schnelle und transparente Dienstleistungen auf Gemeindeebene gefördert werden. Angestrebt wird nicht eine Lösung, die gleich alle Probleme der Behörden von heute auf morgen löst, sondern vielmehr ein Initialschub für die nötigen Reformen der Lokalverwaltung, damit der Bevölkerung qualitativ ansprechende Dienstleistungen angeboten werden können.

*Projektdauer: 2013 bis 2014
Volumen: 300 000 CHF*

Was liegt drin, um zu den Opfern zu gelangen?

Während das Internationale Komitee vom Roten Kreuz heuer sein 150-Jahr-Jubiläum feiert, steht die Humanitäre Hilfe vor neuen Herausforderungen: Der Zugang zu den Opfern in Konfliktregionen wird für Organisationen wie das IKRK zunehmend schwieriger. Um überhaupt helfen zu können, müssen sie bisweilen Kompromisse eingehen. Von Jane-Lise Schneeberger.



Daniel McCabe/Reuters/lat

In manchen Gebieten der Demokratischen Republik Kongo gelangt humanitäre Hilfe nur unter dem Schutz von UNO-Blauhelmsoldaten zur notleidenden Bevölkerung

Der Anblick der sterbenden Kriegsverwundeten auf dem Schlachtfeld von Solferino schockierte Henri Dunant dermassen, dass er eine revolutionäre Idee lancierte: Alle Kriegsopfer sind Menschen und haben ohne jeden Unterschied Anspruch auf Hilfe. Nach diesem Prinzip wurden 1863 das IKRK und die nationalen Rotkreuz-Organisationen gegründet und das Humanitäre Völkerrecht entwickelt.

Schwindende Akzeptanz für Helfer

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts war das IKRK die einzige internationale Organisation, die in Konfliktregionen zum Einsatz kam. Seither sind UN- und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGO) dazugekommen. Die meisten humanitären Akteure respektieren heute vier grundlegende Prinzipien: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit.

Nach Humanitärem Völkerrecht dürfen Konfliktparteien Hilfeleistungen nicht willkürlich ablehnen. Seit rund zehn Jahren jedoch bekunden humanitäre Organisationen immer mehr Mühe, deren Einverständnis zu erhalten. Die kriegführenden Parteien erlauben ihnen den Zugang zu den Opfern nur ungern, weil sie sie als Verbündete des Westens verstehen, oder weil sie die auf ihrem Gebiet erbrachte Hilfe strikt kontrollieren wollen.

Manche autoritären Staaten und bewaffneten Gruppen widersetzen sich besonders hart. Und lehnen sie Hilfe nicht kategorisch ab, lassen sie diese nur unter sehr restriktiven Bedingungen zu. «Um Leben zu retten, müssen humanitäre Helfer bisweilen Kompromisse eingehen oder gar von ihren Prinzipien abrücken. Damit verbunden sind moralische Dilemmas, die sich langfristig kontraproduktiv auswirken können», sagt Anne de

Griffige Instrumente

Eine von der Schweiz einberufene Expertenrunde widmete sich 2008 den Schwierigkeiten beim Zugang zu den Opfern bewaffneter Konflikte. Sie hat zwei Schlüsse gezogen: Der anwendbare juristische Rahmen ist nicht klar genug, und zur Verbesserung des Zugangs braucht es griffige Instrumente. Zusammen mit anderen Akteuren der humanitären Hilfe hat das EDA deshalb zwei Publikationen unter dem Titel «Humanitarian Access in situations of armed conflict» erarbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Die eine fasst die einschlägigen Regeln des internationalen Rechts zusammen, die andere bietet eine Methodik für humanitäre Helfer, die mit diesen Fragen konfrontiert sind. Die Broschüren sind ab September verfügbar unter: www.eda.ch (Dokumentation, Publikationen, Menschenrechte, humanitäre Politik und Migration)



Jean Grunpflatt

Vor zwei Jahren vertrieben die Schabab-Milizen in Somalia 17 humanitäre Organisationen, welche der Bevölkerung helfen wollten

Riedmatten, Projektleiterin bei der Humanitären Hilfe der DEZA.

Zugang zu allen oder nur zu einigen?

Zu den häufigsten Restriktionen gehört der verweigerte Zugang in heikle Gebiete, während dieser anderswo freigegeben wird. Das Dilemma: Darf eine unparteiliche Organisation nur einem Teil der Opfer zu Hilfe eilen? «Manchmal muss man sich pragmatisch geben», antwortet IKRK-Generaldirektor Yves Daccord. «Wir können eine solche Bedingung vorübergehend akzeptieren, kommen aber darauf zurück und fordern den uneingeschränkten Zugang zu allen Notleidenden immer wieder ein.» Manche NGO setzen sich über Zutrittsbeschränkungen auch hinweg. «Wir arbeiten immer lieber im Einvernehmen mit dem Staat. Wenn aber die Verhandlungen scheitern, ziehen wir in den von den Behörden nicht kontrollierten Gebieten andere Lösungen in Betracht», sagt Bruno Jochum, Generaldirektor von Ärzten ohne Grenzen (MSF) Schweiz. Im Fall der seit zwei Jahren von der Regierung gesperrten sudanesischen Provinz Südkordofan hat sich MSF direkt Zugang zu den von den Rebellen kontrollierten Gebieten verschafft, gibt den sudanesischen Behörden aber Auskunft über die eigene Tätigkeit.

UNO-Agenturen haben diesbezüglich nicht denselben Spielraum und sind gehalten, die Souveränität der Staaten zu respektieren. «Verweigert uns eine Regierung den Zutritt, erinnern wir sie an ihre Verpflichtungen gemäss Humanitärem Völkerrecht.

Das Resultat jedoch ist unterschiedlich», räumt Geneviève Boutin, Leiterin der Unicef-Abteilung Humanitäre Politik, ein. «Wir haben nicht dieselben Druckmittel, wenn der Zutritt von einer bewaffneten Gruppe verweigert wird, die keinerlei politische Legitimation braucht und sich deshalb nicht ans Humanitäre Völkerrecht gebunden sieht.»

Schweigen oder gehen

Um Druck auf die Kriegstreibenden zu machen, können humanitäre Helfer die Medien einbeziehen. Lässt sich eine Blockade im bilateralen Dialog nicht lösen, geht fallweise auch das üblicherweise diskrete IKRK an die Öffentlichkeit. So hat es 2009 darauf hingewiesen, dass palästinensische Verletzte in Gaza starben, bloss weil die Ambulanzen nicht fahren durften.

Allerdings führt auch öffentliches Anprangern in ein Dilemma, weil es Vergeltungsmassnahmen nach sich ziehen kann. In der Endphase des Kriegs in Sri Lanka haben die meisten humanitären Organisationen das Ausmass der Massaker verschwiegen, was ihnen später vorgeworfen wurde. Dazu gehörte auch MSF: «Hätten wir uns öffentlich dazu geäussert, wären wir sofort ausgewiesen worden. Da unsere Chirurgieteams Leben retten konnten, haben wir uns zugunsten der Hilfeleistung entschieden», erinnert sich Bruno Jochum. Die Regierung Sri Lankas verfolgte damals eine Einschüchterungsstrategie gegenüber den humanitären Akteuren, wie ein UNO-Bericht 2012 festgehalten hat.

Manchmal zieht ein Staat oder eine bewaffnete

An allen Fronten

Das IKRK beschäftigt rund 13 000 Personen. Es ist in über 80 Ländern tätig, um den Opfern internationaler oder landesinterner Konflikte Schutz und Unterstützung zu bieten. Die wichtigsten Einsatzgebiete sind zurzeit Afghanistan, Irak, Somalia, DR Kongo, Südsudan und Syrien. Das IKRK bietet eine breite Palette humanitärer Dienste, von Gefangenenbesuchen über die Lieferung von Prothesen, die Versorgung mit Trinkwasser, medizinische Dienste und wirtschaftliche Unterstützung bis hin zur Suche nach Vermissten. Finanziert wird das IKRK im Wesentlichen von westlichen Regierungen. Die Schweiz leistet nach den USA den zweitgrössten Beitrag. Dieses Jahr beläuft er sich auf 119 Millionen Franken.



James Hall/afp

In Usbekistan – hier eine Flüchtlingsgruppe an der Grenze zu Kirgistan – konnte das IKRK im Frühling dieses Jahres wegen der eingeschränkten Handlungsfreiheit nurmehr eine reduzierte Präsenz im Land aufrecht erhalten

Gruppe das zuvor gewährte Zutrittsrecht zurück. 2009 wies der Sudan zehn internationale NGO aus Darfur aus. Zwei Jahre später vertrieben die Schabab-Kämpfer 17 humanitäre Organisationen aus Somalia.

Eine Organisation kann sich auch von sich aus zurückziehen, wenn sie den Eindruck hat, ihren Auftrag nicht mehr erfüllen zu können. Die Kehrseite dieses Entscheids: Für die Opfer hat er einschneidende Konsequenzen. «Der völlige Rückzug bleibt letztlich eine Ausnahme. Später erneut Zugang zu bekommen, ist in der Regel schwierig. Die betroffene Organisation sistiert daher eher nur einen Teil ihrer Aktivitäten», erklärt Anne de Riedmatten. So hat das IKRK beispielsweise im vergangenen April die Gefangenenbesuche in Usbekistan ausgesetzt, weil es seine Schutzfunktion für die Inhaftierten nicht mehr wahrnehmen konnte, und hat nurmehr eine reduzierte Präsenz im Land aufrecht erhalten.

Sicherheit auf Kosten der Neutralität

Zugangsbeschränkungen können auch mit mangelnder Sicherheit zusammenhängen. In einem solchen Umfeld stellen sich beim Schutz des Personals heikle ethische Fragen. «Auf militärisches Geleit zurückzugreifen, gefährdet die Neutralität der humanitären Helfer», sagt Ed Schenkenberg, Direktor der Dara International Foundation. «Leider bekommt man manchmal nur so Zugang zu den Opfern. Was ist besser? Eskortiert hinausgehen oder sich im Büro der Hauptstadt verschanzen?»

In Somalia werden zurzeit die meisten internationalen Teams von bewaffneten Wachen beschützt. Für das IKRK und MSF bleibt dies eine Ausnahme. Beide Organisationen haben eine starke Abneigung gegen militärischen Schutz. Lieber verhandeln sie mit den kriegführenden Parteien um Sicherheitsgarantien. Die UNO setzt Eskorten nur als letzte Massnahme ein, wenn es keinerlei zivile Lösungen gibt, um humanitäre Bedürfnisse zu befriedigen. In manchen Gebieten der Demokratischen Republik Kongo bewegen sich ihre Teams heute unter dem Schutz von Blauhelmen.

Der Risiken wegen vertrauen manche Organisationen, besonders diejenigen der UNO, die konkreten Hilfeleistungen lokalen Vermittlern an und leiten die Einsätze aus Distanz. «Wenn unsere Teams direkt bedroht werden, arbeiten wir via Drittpartei. So bleiben wir sogar unter extrem unsicheren Umständen vor Ort», erklärt Geneviève Boutin. «Wir wählen in der Region gut verankerte Partner, die nicht im selben Mass Zielscheiben sind wie das UNO-Personal.»

Das IKRK dagegen setzt auf den direkten Zugang zu den Opfern, unterstreicht Yves Daccord: «Mit eigenen Mitarbeitern vor Ort können wir die Bedürfnisse besser abschätzen und verstehen genauer, worum es geht. Dies erleichtert auch den Dialog mit allen Beteiligten.» ■

(Aus dem Französischen)

Zwei Jubiläumsjahre

2013 und 2014 werden verschiedene Gedenkfeiern zum Thema «150 Jahre Humanitäre Hilfe» organisiert. Gefeiert wird nicht nur das 150-jährige Bestehen des IKRK, sondern auch dasjenige der ersten Genfer Konvention zum Humanitären Recht. Da das IKRK Hauptpartner der Schweiz im humanitären Bereich ist, wirkt sie bei den Feierlichkeiten mit. Die Schweiz nutzt die Gelegenheit dieser Jubiläen, um ihr Engagement für das Humanitäre Völkerrecht und die Opfer bewaffneter Konflikte sowie ihre Rolle als Depositärin der Genfer Konventionen im Ausland bekannter zu machen.

Bonne Huka muss aussteigen

Bonne Huka ist 52 und gehört zum Volk der Boran. Sie lebt in der Peripherie von Yabello, einer ländlichen Stadt, etwa 570 Kilometer von Addis Abeba entfernt. Bonne ist Witwe und muss eine neunköpfige Familie ernähren. Als die Viehherden in ihrem Dorf durch eine Epidemie und eine Dürreperiode dezimiert wurden, verlor sie alle ihre 15 Rinder. Sie musste das Dorf verlassen und zog nach Yabello. Derzeit verdient sie den Unterhalt für ihre Familie und das Schulgeld für ihre Tochter mit einfachen Arbeiten, unter anderem macht sie Kohle und verkauft Feuerholz. Sie hofft, dass sie eines Tages wieder von der Viehzucht leben kann.

Tausenden von Hirtinnen und Hirten ergeht es wie Bonne. Interne und externe Faktoren, auf die sie keinen Einfluss haben, zwingen sie, ihr bisheriges Leben hinter sich zu lassen.

Jedes Jahr geben rund zehn Prozent der Hirten auf, hauptsächlich weil sie ihre Existenzgrundlage verlieren.

Wer aus dem Hirtenleben aussteigt, muss sich eine andere Lebensgrundlage aufbauen. Für viele ehemalige Viehhirten bedeutet das sesshafte Leben jedoch nicht zwangsläufig den Bruch mit ihren Verwandten und Nachbarn, die weiter als Hirten auf dem Land leben. Es ist vielmehr eine weitere Möglichkeit, in einem schwierigen materiellen und sozialen Umfeld zu überleben. Denn die Armen sind zunehmend benachteiligt und scheiden immer öfter aus dem System aus: Einerseits nehmen ihre Existenzschwierigkeiten wegen den regelmäßigen Dürreperioden, den Konflikten, der abnehmenden Bodenqualität, der rückläufigen Produktivität sowie der immer schneller wachsenden Bevölkerung zu. Andererseits

ziehen in Zeiten der Dürre die Bessergestellten auf der Suche nach Futter und Wasser weiter und lassen die Armen in ihrer Not zurück.

Der gegenwärtige Ausbau der Soforthilfe in den Hirtengebieten hat zwar Leben gerettet, ändert aber nichts an der generell prekären Situation der Hirtennomaden. Langfristiges Denken ist nicht nur gefragt, sondern eine humanitäre Notwendigkeit! Es braucht Massnahmen, die sowohl die Lebensgrundlage der Wanderhirten stärken, als auch alternative Einkommensmöglichkeiten fördern. In den letzten Jahren haben verschiedene Geldgeber denn auch ein wachsendes Interesse gezeigt, das Wanderhirtentum zu unterstützen.

Ausserdem fangen die Geldgeber an, ihre gemeinsamen Investitionen in die Produktivität sichernden Programme für die ländlichen Regionen in Äthiopien besser zu koordinieren. Dies wegen dem Klimawandel, aber auch, damit das Hirtentum auf eine dringend benötigte stabilere Basis gestellt werden kann.

Es gibt eine Annäherung zwischen der neuen Sichtweise, das Hirtentum als rentables Unternehmen wahrzunehmen, und der Notwendigkeit, die Lebensbedingungen zu verbessern sowie alternative Einkommensquellen zu fördern: Ansatzpunkte dabei sind der Viehhandel entlang der Wertschöpfungskette, das Management der natürlichen Ressourcen, der Einbezug von Prävention, die Entschärfung und Lösung von Konflikten, die bessere Anwendung von Frühwarninformationen, die ein ra-

ches Eingreifen ermöglichen, sowie politisches Engagement.

Die Hirtengebiete können und müssen wieder eigenständig werden und wirtschaftlich wachsen. Verstärktes wirtschaftliches Handeln wird den Hirtenfamilien nicht nur die Rückkehr erleichtern, sondern auch neue Jobs und Einkommensmöglichkeiten für diejenigen schaffen, die nicht mehr von der Viehhaltung leben. Genau das ist es, worauf Bonne Huka und die anderen warten! ■

(Aus dem Englischen)



Getachew Gebru



Getachew Gebru ist Mitbegründer und Geschäftsführer der privaten Forschungs- und Entwicklungsorganisation MARIL mit Sitz in Äthiopien. Er ist derzeit Präsident der Äthiopischen Viehzucht-Gesellschaft (*Ethiopian Society of Animal Production*). Er beschäftigt sich seit Jahren mit Forschung und Sensibilisierungsarbeit in den verschiedenen Hirtengebieten Äthiopiens und Nordkenias und ist ausgewiesener Kenner des Risikomanagements im Bereich Hirtentum.

«Hutu und Tutsi gibt es in Ruanda keine mehr»

Schreiben ist für die Ruanderin Scholastique Mukasonga die Pflicht, sich zu erinnern. Ihre Bücher erzählen vom wuchernden Rassenhass und den folgenden Massakern als Vorboten des Genozids von 1994. Die Renaudot-Preisträgerin 2012 lebt im Exil, ist aber überzeugt, dass der Weg zur Versöhnung in ihrer Heimat offen steht. Interview mit Jane-Lise Schneeberger.



Tiere Doan na Champtasak/VU/afip

Gedenkstätte Murambi –1994 wurden hier Tausende von Tutsi massakriert

«Eine Welt»: Ihr erstes, 2006 erschienenes Buch **«Inyenzi ou les Cafards»** enthält autobiografische Züge und erzählt vom Leben der Tutsi in Ruanda. Was hat sie im Alter von 50 Jahren zur Feder greifen lassen?

Scholastique Mukasonga:

Das Manuskript bestand schon seit zehn Jahren. Mit Schreiben begonnen habe ich unmittelbar nach dem Genozid im April 1994, um die Erinnerung an meine Familie zu bewahren. Meine Eltern hatten mir diesen Auftrag 21 Jahre vorher gegeben, als einmal mehr eine Gewaltwelle über die Tutsi hereinbrach. Weil ich die Chance hatte, die Sekundarschule zu besuchen und Französisch zu lernen, beschlossen sie, dass ich

als Zeugin leben sollte. Sie brachten mich aus Ruanda weg mit den Worten: «Kommt das Massaker, wirst du unser Gedächtnis sein. Du bist unsere Chance, dass wir nicht wie Kakerlaken verschwinden.» So nannte man die Tutsi.

Befürchteten Ihre Eltern denn bereits solche Massaker?

Ab April 1973 waren sie darauf vorbereitet, früher oder später an die Reihe zu kommen. Wie viele andere Tutsi, ahnten sie den Genozid. Wir waren an Gewalt und Hass gewöhnt. Bereits 1959, 1963 und 1967 kam es zu Massakern – jedes Mal ein Mini-Genozid. Die Hutu-Milizen erschlugen die Tutsi mit Nagelkeulen und war-

fen sie in den Fluss. Der Anblick der Leichen, die dem See zutrieben, hat mich als kleines Mädchen zutiefst geprägt. Was 1994 geschah, ist eine Wiederholung im grossen Masstab derjenigen Blutspur, welche sich bereits seit 35 Jahren durch das Land zog.

Sie lebten zur Zeit des Genozids bereits in Frankreich. Was ist mit Ihrer Familie passiert?

Ich habe meine Eltern, meine fünf im Land gebliebenen Geschwister sowie die meisten Nichten und Neffen verloren. Nach langem Suchen sind wir auf drei Mädchen gestossen, die dem Tod wie durch ein Wunder entkommen sind. Insgesamt sind 37 Mitglieder meiner Familie

massakriert worden. Wie viele andere Opfer, sind sie nie bestattet worden. Ich habe zu schreiben begonnen, um sie aus dem Massengrab zu holen und ihre Leichen mit beschriebenen Papier zuzudecken.

Ihr erster Roman «Notre-Dame du Nil» spielt in einem Mädchenpensionat, wo sich der Rassenhass widerspiegelt, der die ruandische Gesellschaft zerrüttet. Erzählt das Buch auch von Ihrer Geschichte?

Wer schreibt, geht immer von eigenen Erfahrungen aus. Die Personen meines Romans sind fiktiv, aber ich habe mich ein Stück weit mit Virginia identifiziert, einer der beiden Tutsi-Schülerinnen. Wie sie, habe ich von der «ethnischen Quote» profitiert, die in den Gymnasien zehn Prozent Tutsi zuließ. Die Handlung habe ich nicht zufälligerweise Anfang der 70er Jahre angesiedelt; ich war damals selbst Gymnasiastin. Man fühlte, wie unerbittlich der Rassenhass und der Wille, die Tutsi auszurotten, zunahmen. Das habe ich in meinem Buch wiedergegeben. Mit der Fiktion konnte ich allerdings auch Distanz zum Erlebten schaffen. Ich wollte die tieferen Gründe des Genozids verstehen und zeigen, wie es so weit kommen konnte. Dieser Roman hat mir aufgezeigt, dass wir alle – Opfer wie Henker – manipuliert worden sind.

Worin bestand die Manipulation?



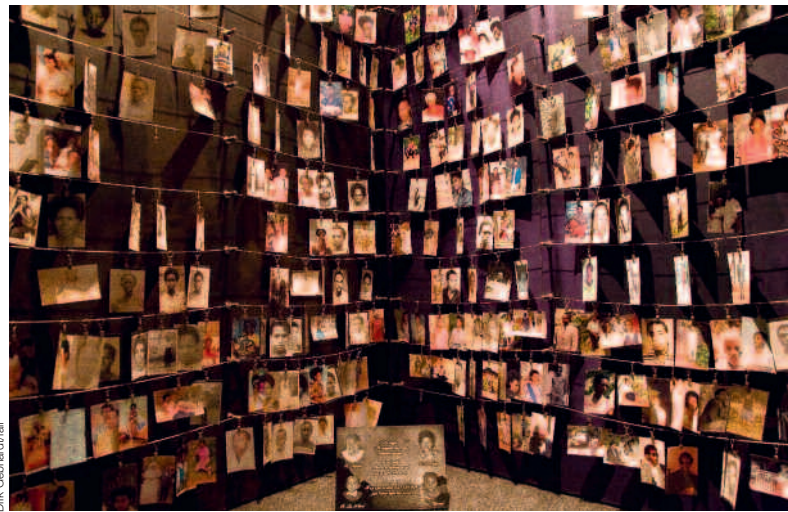
Die Gacaca-Volksgerichte haben ihr möglichstes getan, um die Schuldigen zu bestrafen

Die belgischen Kolonisatoren haben die ethnischen Kategorien erfunden und gar körperliche Unterschiede zwischen Hutu und Tutsi ausgemacht. Auf dieser Basis haben sie 1931 einen Personalausweis mit Angabe der ethnischen Zugehörigkeit eingeführt. Dabei gibt es in Ruanda gar keine Ethnien. Hutu und Tutsi lassen sich nach keinerlei körperlichen Merkmalen unterscheiden. Wir sprechen alle dieselbe Sprache, Kinyarwanda. Keine Region wird mehr von der einen als von der andern Gruppe bewohnt. Als erste Massnahme nach dem Genozid haben die Behörden den verfluchten ethnischen Personalausweis abge-

schafft. Heute gibt es in Ruanda keine Hutu und Tutsi mehr. Das macht uns stark.

Glauben Sie, dass ein dauerhafter Frieden in Ruanda möglich ist?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns in Richtung Versöhnung bewegen. Wir geben uns die Mittel, den Hass zu überwinden, der uns zerstört hat. Die neuen Behörden stehen in der Verantwortung, die nationale Einheit wiederherzustellen und ein Land zu schaffen, in dem alle ihren Platz haben. Erste Resultate dieser Politik sind bereits ersichtlich. Ruanda blüht auf. Das Land arbeitet und ist auf Entwicklung eingestellt.



Genozid-Memorial in Kigali mit Fotos von Vermissten

Was erwarten Sie von der internationalen Gemeinschaft?

Wir brauchen auf juristischer Ebene Unterstützung. Der internationale Gerichtshof in Arusha hat seine Pforten geschlossen. Die herkömmliche Rechtsprechung in Ruanda, die Gacaca, tut alles in ihrer Macht stehende, um die Schuldigen zu bestrafen. Leider verstecken sich die meisten Verantwortlichen des Genozids immer noch in westlichen Ländern. Sie haben

die Hutu angestachelt, mit den Macheten auf ihre Nachbarn und Freunde loszugehen. Sie müssen dafür geradestehen. Wir fordern die westlichen Länder dazu auf, diese Leute zu verhaften und vor Gericht zu stellen. Die Schlächter sollen nicht unbehelligt weiterleben können. ■

(Aus dem Französischen)



Scholastique Mukasonga ist 1956 in der Provinz Gikongoro in Ruanda geboren. 1960 gehört ihre Familie zu denjenigen Tutsi, welche in die unbewohnte und unwirtliche Region Nyamata deportiert werden. Als junges Mädchen besucht sie in Kigali das Gymnasium und flieht als 17-Jährige aus dem Land. Als Flüchtling in Burundi lernt sie ihren Mann, einen französischen Ethnologen, kennen.

Seit 1992 lebt Scholastique Mukasonga in der Normandie, wo sie als Sozialarbeiterin arbeitet. Sie hat zwei autobiografische Erzählungen publiziert, «Inyenzi ou les Cafards» (2006) und «La femme aux pieds nus» (2008), dann eine Sammlung von Novellen, «L'Iguifou» (2010). «Notre-Dame du Nil», ihr erster Roman, ist 2012 erschienen und hat mehrere Literaturpreise erhalten, darunter den Renaudot-Preis.

Service



Schweiz damit Tausende Kulturschaffende – Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen – bei der Umsetzung von Produktionen und Veranstaltungen, insbesondere auch Aktionen und Projekte, welche über Länder- und Bevölkerungsgruppen hinaus und langfristig angelegt sind. Die Publikation «Cultural Encounters» zieht die Schlussfolgerung aus dieser Erfahrung. Dazu sind ab Oktober in der Schweiz an verschiedenen Orten am Festival Culturescapes diverse von SCP unterstützte Kunstprojekte zu sehen. Das landesweite, interdisziplinäre Festival schafft einen Einblick in die heutige Balkan-Kulturszene und trägt zur Debatte um die Wirkung von Kultur in der Entwicklungspolitik bei.

Balkan-Festival

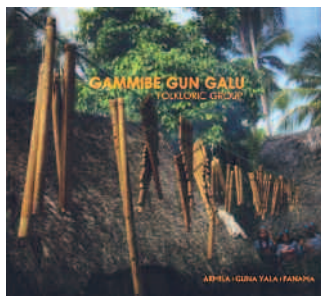
(hel) Kultur ist ein Mittel zur Förderung von Demokratie und Konfliktlösung, birgt unzählige Möglichkeiten, die soziale Entwicklung zu fördern, kann Einkommen generieren und Brücken zu benachteiligten Bevölkerungsgruppen schlagen. Das beweist das Swiss Cultural Programme SCP im Westbalkan: Während 14 Jahren unterstützte die

- Festival Culturescapes Balkan 2013 ab 19. Oktober bis Dezember; Programm unter www.culturescapes.ch
- «Cultural Encounters – Swiss Cultural Programme in South Eastern Europe 1999-2012» von François Matarasso; zum Herunterladen auf www.scp-ba.net
- «Kultur und... Entwicklung – Die Wirkungsdebatte am Beispiel des Swiss Cultural Programme Balkan SCP» am 6. Dezember im Kornhausforum Bern www.kornhausforum.ch

Musik

Faszinierende Minimal-Musik

(er) In der Karibik, an der nord-östlichen Panama-Küste, erstreckt sich das aus 365 Inseln bestehende San Blas Archipel (auch Guna Yala). Es wird von den 32000 indigenen Kuna semiautonom und naturverbunden verwaltet. Hier nahm die



1973 gegründete Folklore-Gruppe «Gammibe Gun Galu» ihre erste CD auf; deren Erlös kommt dem Schutz der vom Aussterben bedrohten Meeresschildkröten zugute. Die einzelnen Musikstücke sind jeweils einem Tier gewidmet und Reminiszenzen an Tierlaute in Palmen, im Regenwald, Korallensand oder Ozean, an Vogeltremoli oder Tapirtapsen. Dabei spielen die Musiker in jedem Track immer eine andere aus Schilfrohr, Krabbenschere oder Gürteltierschädel handgefertigte Panflöte. Das Tempo geben die Musikerinnen mit Kalebassen oder Maracas-

Rasseln vor. Zu hören ist pure Minimal-Musik à la Steve Reich – nur noch ausgeprägter. Klangfarbe und -dichte verändern und verschieben sich wie die Rhythmik sozusagen unhörbar – es entsteht ein stets filigranes Musikkontinuum, das einhüllt und einlullt.

«Gammibe Gun Galu» (Yauk Galu/online, u. a. <http://gammibe-gun-galu.bandcamp.com>)

Algerischer Rock'n'Rai

(er) Der algerischstämmige Sänger Rachid Taha infiltriert die Ohren mit ausdrucksstarker und kehlig dunkler Stimme. Spürbar ist immer noch die Wut über die Ausländerfeindlichkeit und den Rassismus, die den 55-Jährigen vor mehr als 30 Jahren zusammen mit seiner damaligen Band «Carte de Séjour» zum *Enfant Terrible* der französischen Musikszene machte. Davon zeugt im 9. Soloalbum das vom ihm schon 1993 verkündete und nun neu arrangierte «Voilà Voilà». Dabei vermählt er Okzident mit Orient und verwebt in seinem Rock'n'Rai, unterstützt durch hervorragende Musiker, meisterhaft punkige E-Gitarren-Riffs mit maghrebinischem Mandol-Lautenspiel, Elektro mit Tradition. So beschwört Rachid die Aura der legendären ägyptischen Sängerin Oum Kalsoum – mit suggestivem Sprechgesang und ihrer gesampleten Stimme. Hohes Ohrwurm-Potenzial hat auch seine zusammen mit Jeanne Added präsentierte arabisch-englische Duettfassung



von «It's Now Or Never», Elvis' Interpretation des neapolitanischen Gassenhauers «O Sole Mio».

Rachid Taha: «Zoom» (Naïve/Musikvertrieb)

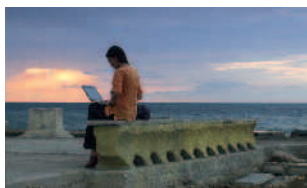
Zeitlos magisch

(er) Der erst jetzt veröffentlichte Schwanengesang des Ende 2008 verstorbenen französischen Klangtüftlers Hector Zazou hat es in sich. Vordergründig zu hören sind vier wunderbar betörende Frauenstimmen, von hellem Sopran bis zu schattigem Alt. Die glockenklaren Laute des Eva Quartet (Solistinnen des weltberühmten Frauenchors *Le Mystère des Voix Bulgares*) schweben zauberhaft sanft im vielschichtigen Klangraum, geschaffen von einem breiten



Instrumentarium. In die zwölf brillant arrangierten Tracks setzen mehr als 50 herausragende Musikerinnen und Musiker verschiedenster Genres (Jazz, Rock, Pop, Folk, World, Electronics, Avantgarde) traumhafte Hörpunkte. So veredelt Laurie Anderson, die amerikanische Queen der experimentellen Musik, mit behutsam vorgetragenen Spoken Words die orthodoxe Fürbitte der bulgarischen Vokalkünstlerinnen – begleitet vom indischen Bollywood Orchestra. Auf diese zeitlos magische Weise schlägt das posthume Opus von Hector Zazou einen polyfönen Bogen zwischen archaischen und aktuellen Klangwelten.

Eva Quartet & Hector Zazou: «The Arch» (Elen Music)



Widerstand mit Social Media

(dg) Ihre Stimmen werden unterdrückt, verboten und zensiert. Doch Yoani Sánchez, Zeng Jinyan und Farnaz Seifi lassen sich nicht einschüchtern. Die furchtlosen Frauen im mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilm «Forbidden Voices» repräsentieren eine neue, vernetzte Generation moderner Widerstandskämpferinnen. In Kuba, Iran und China bringen diese Pionierinnen mit ihren Blogs das staatliche Informationsmonopol ins Wanken. Der Film begleitet die modernen Rebellen auf ihrer gefährlichen Reise und zeigt, wie die Frauen mit Hilfe sozialer Medien wie Facebook, Youtube und Twitter die Missstände in ihren Ländern anprangern. Sie bauen dabei so viel politischen Druck auf, dass sie weltweit Resonanz auslösen. Das «Time Magazine» zählt sie zu den einflussreichsten politischen Stimmen der Welt. Basierend auf ihren bewegenden Zeugnissen und klandestinen Aufnahmen ist «Forbidden Voices» eine Hommage an ihren mutigen Kampf.

«Forbidden Voices» von Barbara Müller, Schweiz 2012; ab 16 Jahren.
Information und Beratung: education21/Filme für eine Welt,
Tel. 031 321 00 30,
www.filmeeineWelt.ch

Überblick Arbeitsmarkt IZA

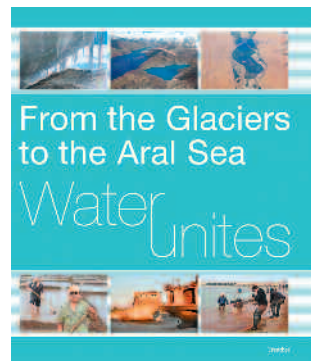
Im Juni veröffentlichte Cinfo, spezialisierter Dienstleister und Netzwerkplattform für Akteure und Fachleute des Arbeitsmarkts der internationalen Zusammenarbeit, den zweiten «Bericht zum Schweizer Arbeitsmarkt der IZA». Dieser informiert über Arbeitgeber und Anbieterinnen

von Aus- und Weiterbildungen, gesuchte Profile, Einsatzgebiete und vieles mehr. Der Bericht ist Informationsquelle für IZA-Fachpersonen und interessierte Berufsleute sowie für Führungskräfte und HR-Fachleute.

Kostenloser Download unter www.cinfo.ch

Wasser verbindet

(bf) Wasser verbindet und ist gleichzeitig konfliktträchtig. In kaum einer Region der Welt manifestiert sich dies so offensichtlich wie in Zentralasien. Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan und Usbekistan verbinden aber nicht nur Wasser, sondern auch vielfältige Kulturen, reichhaltige natürliche Ressourcen, einzigartige Landschaften und faszinierende Menschen. Das Buch «Water Unites» der beiden Forscher Jenniver Sehring und Alfred Diebold bringt die Vielfalt Zentralasiens ebenso wie die Abhängigkeit der Region vom Wasser unter einen Hut bzw. zwischen zwei Buchdeckel. Das Buch, eine Kombination aus Wissenschaftsliteratur und Bildband, besteht aus zwei Teilen: Der Einführungsteil enthält Hintergrundinformationen (in Englisch) zum Thema Wasser und zum grenzüberschreitenden Wassermanagement. Die Fotos des zweiten Teils – vom ausgetrockneten Aralsee bis hin zu faszinierenden Gletscherlandschaften und farbenfrohen Märkten – bringen einem Natur



und Menschen der Region näher.

«Water Unites – From the Glaciers to the Aral Sea» von Jenniver Sehring und Alfred Diebold; Trescher Verlag, Berlin 2012

Volk auf dem Dach der Welt

(bf) Eingeschlossen in einem schmalen Korridor zwischen Pakistan, China und Tadschikistan leben die Menschen im Pamir ein von Traditionsbewusstsein und materieller Not gleichermaßen geprägtes Leben. Auf 4000 Metern Höhe, umgeben von den höchsten Gipfeln des Himalaya-Massivs, trotzen die Menschen schwierigsten Bedingungen. Das Pamirgebirge liegt im äussersten östlichsten Zipfel Afghanistans und ist die Heimat von Halbnomaden, die



ursprünglich nur im Sommer dort ihr Vieh weiden liessen. Bis zur Grenzschiessung während des Kalten Krieges flüchteten sie sich im Winter vor einer Kälte von bis zu minus 50 Grad Celsius in die Täler des heutigen Tadschikistans. Das Fotografenpaar Mareile und Matthieu Paley hat sich auf humanitäre Themen spezialisiert und ist seit vielen Jahren immer wieder im Pamir unterwegs. Zusammen mit dem Ethnologen und Autor Ted Callahan, welcher als einer der wenigen Wissenschaftler zu den kirgisischen Völkern im Pamirgebirge forschte, haben sie ihre Eindrücke in ausdrucksstarken Bildern und authentischen Reiseberichten in ein Buch gepackt. «Pamir – Vergessenes Volk auf dem Dach der Welt» von Mareile und Matthieu Paley, Knesebeck Verlag 2012

Haben Sie Kleingeld?

(bf) Warum soll Chinesisch an den albanischen Sekundarschulen als Pflichtfach eingeführt werden? Warum ist Wechselgeld in den Belgrader Geschäften notorisch knapp? Und warum wirken Stempel auf dem Balkan magisch? Antworten dazu gibt Andreas Ernst, der seit vielen Jahren im Balkan lebt – zuerst in Skopje, dann in Belgrad – in seinen «Aufgefallen»-Kolumnen, die er als Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» schreibt. Nun sind seine Texte über seine Wahlheimat in Buchform auf Deutsch und Serbisch herausgekommen. Gleichzeitig wurde der Autor dafür mit dem Journalistenpreis der Südosteuropagesellschaft 2013 ausgezeichnet.

«Haben Sie Kleingeld?» von Andreas Ernst, Hsg. Bernard Waerber, Verlag Glosarij, Belgrad 2012

Iranischer Albtraum

(bf) Mana Neyestani ist einer der wichtigsten politischen Karikaturisten des Iran. Er war im Evin-Gefängnis inhaftiert, bevor ihm die Flucht nach Malaysia gelang. Angefangen hatte alles mit einer harmlosen Zeichnung einer Kakerlake. Dass diese derart für Aufruhr und gar Tote sorgte, hätte sich der Cartoonist nie träumen lassen. Er legte der Kakerlake ein Wort in den Mund, das in der Sprache der aserbaidjanischen Minderheit im Iran gelesen werden kann. Als die Aseri sich empören, weil sie sich mit Kakerlaken verglichen wännen, steckt man den Zeichner kurzerhand in das berühmte Gefängnis. Und so begann die Odyssee des 1973 in Teheran geborenen Mana Neyestani, der heute dank der Organisation «Reporter ohne Grenzen» in Frankreich lebt. Mit seiner Graphic Novel «Ein Iranischer



Albtraum» dokumentiert er nicht nur seine eigene Geschichte, er kritisiert auch das menschenverachtende Regime im Iran sowie das internationale Asylwesen.

«Ein Iranischer Albtraum» von Mana Neyestani, Edition Moderne Zürich 2013

Zwischen Religion und Entwicklung

(jls) Religiöser Enthusiasmus, gepaart mit Fundamentalismus, nimmt weltweit zu, was direkte Auswirkungen auf Entwicklungspolitik und -praxis hat. Diesen Zusammenhängen widmet die «Revue internationale de politique de développement» ihre Ausgabe 2013. Ein gutes Dutzend Autoren analysieren die Vorbehalte der Entwicklungshelfer und deren Schwierigkeiten, Religion in ihre Arbeit zu integrieren. Sie nehmen neuere Zusammenarbeitsinitiativen multilateraler und bilateraler Entwicklungs-

agenturen mit konfessionsgebundenen Organisationen unter die Lupe; diese sind zu unumgänglichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Auch evaluiert die Revue, inwiefern bestimmte religiöse Bewegungen – insbesondere in Südafrika, Brasilien, China und Sri Lanka – einen Zugang zur Entwicklungszusammenarbeit über die neoliberalen und demokratischen Normen hinaus bieten.

«Revue internationale de politique de développement», 4/2013, Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung, Genf, <http://poldev.revues.org>

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische

Diverses Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.
Informationen: Vortragservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 031 322 31 53 oder 031 322 44 12; Mail: info@eda.admin.ch

Nachdiplome

Das NADEL (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet im Herbstsemester 2013 folgende Weiterbildungskurse an:
Berufsbildung zwischen Armutsbekämpfung und wirtschaftlicher Entwicklung (17.-20.9.)
Planung und Monitoring von Projekten (23.-27.9.)
Erhebung und Auswertung qualitativer Daten (2.-4.10.)
Landesprogramme gestalten und steuern (7.-11.10.)
Evaluation von Projekten (22.-25.10.)
Dezentralisierung und lokale Gouvernanz (30.10.-1.11.)
Mikro- und Makroperspektiven in der Armutsbekämpfung (5.-8.11.)
Wirkungsanalysen: Methoden und Anwendungen (12.-15.11.)
Management von Kooperationssystemen und Netzwerken (19.-22.11.)
Aktuelle strategische Fragen der Entwicklungszusammenarbeit (3.-6.12.)
Auskunft und Anmeldung: www.nadel.ethz.ch

Weiterbildung

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Beat Felber, Patrick Kohler, André Marty, Pierre Maurer, Özgür Unal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)

Gabriela Neuhaus (gn) Jane-Lise Schneeberger (jls) Mirella Wepf (mw) Ernst Rieben (er) Luca Beti (italienische Version)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 52'200

Umschlag: Schule im Armenviertel Los Pinos, Tegucigalpa; Gabriela Neuhaus

ISSN 1661-1667

Fernsucht



Eigene Bühnensprachen

Sandro Lunin ist seit sechs Jahren künstlerischer Leiter des Zürcher Theater Spektakels und legt dabei speziellen Wert auf Tanz- und Theaterproduktionen aus der südlichen Welt.

Reisen ist für mich eine grosse Leidenschaft, beruflich und privat. Seit über 30 Jahren arbeite ich im Bereich Tanz und Theater, und egal wo ich bin, besuche ich stets irgendeine Vorstellung oder treffe jemanden aus meinem Netzwerk. In den Metropolen der südlichen Welt entstehen derzeit sehr spannende Produktionen. Teils werden dabei ganz eigene Bühnensprachen entwickelt, und es sind hochprofessionelle Arbeiten, die sich mit den gesellschaftlichen Problemen vor Ort auseinandersetzen. Das gibt dem Publikum in der Schweiz die Gelegenheit, für einmal von innen auf Entwicklungs- oder Schwellenländer zu blicken. Seit 2012 setzen wir am Theater Spektakel mit «Short Pieces» auch auf Kurzformate. Damit bieten wir Talenten aus dem Süden, die oft nicht die Mittel haben, um abendfüllende Programme zu entwickeln, eine Plattform. Dieses Jahr freue ich mich besonders auf zwei neue kongolesische Produktionen und eine brasilianische Umsetzung von Strindbergs «Fräulein Julie».

(Aufgezeichnet von Mirella Wepf)

«Manche delinquieren, um zu überleben, andere um reich und noch reicher zu werden.»

Eugenio Sosa, Seite 8

«Im Moment kommt mir die Präventionsarbeit vor, als ob man Wasser aus hundert Kilometern Entfernung holen will, um ein Haus zu löschen, das lichterloh brennt.»

Julieta Castellanos, Seite 12

«Leider verstecken sich die meisten Verantwortlichen des Genozids immer noch in westlichen Ländern.»

Scholastique Mukasonga, Seite 32
